:antifaschistische nachrichten

Nr. 3

g 3336 11.2.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

3000 protestierten gegen NATO-Konferenz

MÜNCHEN. Trotz Kälte und Dauernieselregen haben sich rund 3.000 Menschen am Samstag an der Demonstration anlässlich der sog. Münchner Sicherheitskonferenz beteiligt. Die zentrale Forderung der Demonstration war der sofortige Abzug der NATO- und Bundeswehrtruppen aus Afghanistan und damit die Beendigung des Krieges, der bereits Zehntausende Tote und Verletzte unter der afghanischen Bevölkerung gekostet hat.

Dass die Zahl der DemonstrationsteilnehmerInnen diesmal etwas geringer war als in den vergangenen Jahren, lag u.a. wohl an den miserablen Wetterbedingungen, aber auch daran, dass viele, die regelmäßig von auswärts nach München kommen, sich in diesem Jahr auf die Großdemonstration und die Blockadeaktionen gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden konzentrieren.

„Eines der wesentlichen Ziele unserer Proteste haben wir erreicht," so Claus Schreer vom Münchner Bündnis, „wir haben in der Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die NATO ein Kriegs- und Aggressionsbündnis und keine Verteidigungs- oder gar Friedensallianz ist. Gleichzeitig haben wir klar gemacht, dass die sog. Sicherheitskonferenz nichts anderes ist, als eine medienwirksam inszenierte Kriegspropaganda-Veranstaltung, die gerade in diesem Jahr den Zweck hatte, die NATO-Truppenaufstockung in Afghanistan zu rechtfertigen und die Fortsetzung des Krieges als Beitrag zu Frieden und Stabilität zu verklären. Die gesamte Friedens- und Antikriegsbewegung darf nicht nachlassen – mit immer mehr Menschen – den Druck auf die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten zu erhöhen, um die Kriegspolitik Deutschlands zu stoppen. Die nächste bundesweite Aktion der Friedensbewegung findet bereits am 20. Februar in Berlin statt."

www.sicherheitskonferenz.de ■

Inhalt:

Duisburg stellt sich quer 3
neues im Boere-Prozess 5
Gespensterdebatte um „Burqa-Verbot" 9

Demonstration in München am 6. Februar 2010 Foto: www.fotobocks.de

Dresden 13.Februar:

Gericht erlaubt JLO-Aufmarsch

DRESDEN. Bereits seit einigen Tagen kursierten Gerüchte. Als das Ordnungsamt den Gegendemonstranten so einfach den Hauptbahnhof überlassen wollte, war klar, dass der Naziaufmarsch dort nicht stattfinden wird. Jetzt ist es offiziell: Der JLO-Aufmarsch wird am Neustädter Bahnhof beginnen. Zunächst wurde den Neonazis dort nur eine Kundgebung genehmigt, begründet mit einem polizeilichen Notstand. Inzwischen entschied das Verwaltungsgericht, es darf eine Demonstration stattfinden.

Auf antifaschistischer Seite läuft die Mobilisierung bundesweit weiter. Vor Ort fand am 30. Januar ein erstes „Probesitzen" statt. Julia Bonk (MdL, DIE LINKE) fungierte als Anmelderin. Nach einigen gerichtlichen Auseinandersetzungen hatte sie das Recht zugesprochen bekommen, sich zusammen mit anderen auf den Platz vor der Synagoge zu setzen. Die Polizei fand nichts zu beanstanden. Nun tritt jedoch das Ordnungsamt nach. Bonk sei unzuverlässig, dass hätten die Erfahrungen mit der Veranstaltung gezeigt, da dort doch Blockaden eingeübt worden wären. Daher soll ihr verboten werden, als Anmelderin während des 13. Februars bei Protesten aufzutreten. Angemeldet ist von ihr eine Kundgebung am Hauptbahnhof. Solche Possen sind wohl nur in Dresden möglich.

Getoppt wird das Ordnungsamt nur noch von der lokalen Presse, die begierig groß und breit über erwartete Krawalle berichtet. Gefüttert werden sie von Innenminister Ulbig (CDU) und Justizminister Martens (FDP). Gebetsmühlenartig wird in den letzten Wochen die Anzahl der gewaltbereiten „Chaoten" wiederholt, wird angekündigt, man habe eine niedrige Eingreifschwelle, und vorgerechnet, wie viele Gefängnis-Zellen man noch kurzfristig bereitstellen könne. Der größte Polizeieinsatz seit 1989 wird erwartet.

Wenn „Dresden-Nazifrei" zu dezentralen Aktionen und Straßenschlachten aufrufen würde, dann wäre das zum Teil noch einigermaßen nachvollziehbar. Doch in dem Bündnis sitzen neben der Antifa vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen. Und man ruft gemeinsam zu zivilem Ungehorsam auf.

Es gibt einen Aktionskonsens der klar besagt, dass von den Blockaden keine Eskalation ausgehen wird. Das aber zählt alles nichts.

Man will nicht, dass das Gedenken von „Extremisten" vereinnahmt wird, heißt es. Und so müssen sich Mitarbeiter des Rathauses melden, wann sie denn wo an der Menschenkette sein werden, zu der die Oberbürgermeisterin Orosz (CDU) aufruft. Auch die Schulen Dresdens wurde angeschrieben und der Rektor der TU Dresden versucht einen geschlossenen Auftritt der TU zu erwirken, berichtet indymedia.

Aktuelle Infos zum letzten Stand der Vorbereitungen, Lagepläne usw. sind auf der Webseite des Bündnisses „Dresden – Nazifrei" zu finden:

www.dresden-nazifrei.com ■

Naziaufmarsch in Arnheim

ARNHEIM/NIEDERLANDE. Etwa 80 Neonazis haben sich am 30. Januar an einer Demonstration der „Niederländischen Volks-Union“ (NVU) in Arnheim beteiligt. An dem Aufmarsch, mit dem die „Todesstrafe für Kinderschänder und mordende Pädophile“ gefordert wurde, nahmen neben NVU-Anhängern auch zahlreiche sog. „Autonome Nationalisten“ aus Deutschland und den Niederlanden teil. Der diesem Spektrum zuzurechnende „Nationale Widerstand Dortmund“ stellte dabei den Lautsprecherwagen zur Verfügung. Auf einem der mitgeführten Transparente prangte ein Zitat des früheren Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Gregor Strasser. Der 1934 nach einem Streit mit Hitler von der SS erschossene Strasser gilt in Teilen der Naziszene als Vertreter eines vermeintlich „linken“ Flügels der NSDAP. *hma* ■

Treffen in Wien

WIEN/ÖSTERREICH. Ende Januar fand in Wien ein Vorbereitungstreffen statt, auf dem die Anti-Minarett-Aktivitäten vom 26. bis 28. März im Ruhrgebiet auf der Tagesordnung standen. Zu den Teilnehmer des Treffens gehörten neben führenden FPÖ-Funktionsträgern der „Pro NRW“-Landesvorsitzende Markus Beisicht, der „Pro“-Neuzugang und angebliche Millionär Patrik Brinkmann, Filip Dewinter vom „Vlaams Belang“ und der Katalane Josep Anglada i Rius. FPÖ und „Vlaams Belang“ sagten dort „Pro NRW“ Unterstützung bei den Aktivitäten Ende März und in der heißen Phase des Landtagswahlkampfes zu. Die Flamen stellen neben ihrem „Ordnungsdienst“ auch LKWs, die Lautsprecheranlage und eine Bühne zur Verfügung. Außerdem würden sich 500 ihrer Aktivisten an dem Sternmarsch gegen die Moschee in Duisburg-Marxloh beteiligen wollen, kündigte „Vlaams Belang“ an. Aus Frankreich wollen Anhänger des „Mouvement National Republicain“ und der „Nouvelle Droite Populaire“ mit Bussen anrollen. Die SVP aus der Schweiz will ein Grußwort sprechen und Referenten für die „Anti-Minarett-Konferenz“ zur Verfügung stellen. Im Anschluss besuchte die illustre Vorbereitungsrunde den „WKR-Ball“ in der Wiener Hofburg. Der „Wiener Korporationsring“ (WKR) ist ein Dachverband extrem rechter Burschenschaften und anderer studentischer Verbindungen. *hma* ■

Neonazis feiern Demoverbot

WIEN. Die Untersagung der Demonstration gegen den Ball des deutschvölkischen Wiener Korporationsringes (WKR) am 29. Januar wird auf der neonazistischen Site ‚alpen-donau‘ gefeiert. Die Neonazis seien schon „seit Tagen [...] aus Polizeikreisen über eine zu erwartende Untersagung der Antifa-Veranstaltungen informiert“. Jedoch wollte man angesichts „so manche[r] schlechte[n] Erfahrung in diesem Staat“ die gute Nachricht zuerst nicht recht glauben. Umso größer nun die Freude, dass den „Juden“, „Antimenschen“ und „Entarteten“ verboten wurde, gegen den Burschenschafterball zu demonstrieren, heißt es: „Auch die Polizei erkennt mittlerweile die Gefährlichkeit und die kriminelle Energie der Antifaschisten.“ Schließlich hofft man sogar, dass „nie wieder eine Gegendemonstration von Antifaschisten legal statt[findet]“. Den „Kameraden bei der Polizei“ wünschen die Neonazis einen „guten Tanz mit den Antifaschisten“.

Neues von ganz rechts - Jänner 2010
www.doew.at ■

Lesertreffen in Pommersfelden

POMMERSFELDEN. Zum traditionellen Lesertreffen lädt Verleger Dietmar Munier („Arndt“, „Lesen & Schenken“ u.a.) vom 19. bis 21. März in das Schloss Weißenstein in Pommersfelden bei Bamberg ein. Auf der Tagung, die in Kooperation mit dem „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ stattfindet, sollen u.a. Dr. Günther Deschner, Chefredakteur des neuen, aus der neofaschistischen Zeitschrift „Nation und Europa“ hervorgegangenen Nachrichtenmagazins „Zuerst!“, und der Geschäftsführer des „Leopold-Stocker-Verlags“ in Graz, Wolfgang Dvorak-Stocker, referieren. Der ehemalige Krankenpfleger von Rudolf Heß, Abdallah Melaouhi, Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme“ und der „Deutschen Nationalzeitung“, will dort über die angeblich „mysteriösen Todesumstände“ des früheren Hitler-Stellvertreters berichten. Ebenfalls mit dabei ist Harald Neubauer, ehemals Mitherausgeber von „Nation und Europa“, der 1989 für die sog. „Republikaner“ ins Europaparlament gewählt wurde. Nicht fehlen darf auf der Tagung, für die „die kompletten Hotelkapazitäten angemietet“ wurden, „offenes Singen und Volkstanz“.
hma ■

Haussuchung wegen NS-Verbrechen

WACHTBERG. Im Zuge der Vorermittlungen gegen einen 88-jährigen Mann aus Wachtberg/Rhein-Sieg-Kreis wurde Mitte Januar dessen Wohnhaus von der Polizei durchsucht. Samuel K., der früher im Bonner Bundesbauministerium tätig war, wird vorgeworfen, sich von 1942 bis 1943 als Wachmann im NS-Vernichtungslager Belzec an der Ermordung von mehreren 100.000 Jüdinnen und Juden beteiligt zu haben. Im Jahr 1943 habe er, so der Vorwurf, eigenhändig und aus niederen Beweggründen mehrere Menschen dort erschossen. Der Beschuldigte, dem die Ermittler durch den Prozess gegen John Demjanjuk auf die Spur gekommen sind, bestreitet dies. *hma* ■

Rassistischer Brandanschlag nach jahrelangen Angriffen

KLINGENHAIN. Am 26. Dezember 2009 brannte das Haus einer Sinti-Familie in Klingenhain komplett aus. Verletzt wurde glücklicherweise niemand, da die Familie Weihnachten bei Verwandten verbrachte. Eine Rückkehr nach Klingenhain kann sich die Familie nicht vorstellen. Das Haus ist unbewohnbar. Der Caravan-Handel der Familie ist ebenfalls niedergebrannt. Die Polizei hat derzeit noch keine Erkenntnisse zu den Tätern. Die Dorfbewohner schweigen.

Dem Brandanschlag gingen jahrelange Anfeindungen und Bedrohungen voraus.

Als die Familie 2003 nach Klingenhain zog, begegneten ihnen die Nachbarn mit Misstrauen. „Grund ist das Optische, das Äußere. Die ganze Familie bis zum kleinsten Kind ist dunkel. Wir fallen sozusagen aus der Reihe“, ist sich Herr H., Vater der Familie, sicher.

Von Beginn an begegneten die Dorfbewohner der Familie mit Antipathie, in der Schule kam es für Kinder und Eltern wiederholt zu bedrohlichen Situationen. Schläge, Beleidigungen und Bedrohungen waren an der Tagesordnung. Herr H.: „Es kam soweit, dass sich Neonazis vor uns mit Bierflaschen aufbauten, als wir unsere Kinder abholen wollten. Die Direktorin musste sich schützend vor uns stellen. Die Polizei kam und hat abgesperrt, damit wir rausfahren konnten.“ Auch ein Schulwechsel brachte keine Besserung der Situation.

Diesem rassistischen, antiziganistischen Klima blieb die Familie sechs Jahre lang ausgesetzt: Beschimpfungen als „Zigeuner“ oder „Dreckpack“, immer wieder Schläge, Einbrüche, Vandalismus. Einmal beschoss ein Nachbar sogar das Haus. Bei

der Polizei gestellte Anzeigen wurden jedoch alle eingestellt. Nun erklärten die örtlichen Neonazis das Haus zum Angriffsziel. Von insgesamt vier Vandalismusfällen berichten die Betroffenen in den vergangenen Monaten. Im September 2009 wurde die Fensterscheibe des Kinderzimmers mit einem Stein eingeworfen, um den ein Zettel mit den Worten „Haut ab, ihr Kanaken!“ gewickelt war.

Beraterin Katja Braß sagt dazu: „Der Brandanschlag auf das Haus bildet den erschreckenden Höhepunkt jahrelanger Diskriminierungen. Ein Zurück nach Klingehain kann es nicht geben, die Existenzgrundlage der Familie wurde komplett zerstört. Für den Aufbau einer neuen Existenz fehlen jedwede finanzielle Mittel. Eine neue Wohnung für die neunköpfige Familie ist nicht in Sicht.“

Im Namen der Betroffenen bitten die MitarbeiterInnen der Opferberatung des RAA Sachsen e.V. um Spenden auf folgendes Konto: RAA Sachsen e.V., Kto.-Nr.: 0643998600,BLZ: 85080200, Verwendungszweck: Spende Klingenhain (wichtig anzugeben!)

opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
PM RAA Sachsen, 25. Januar 2010 ■

Erneuter Angriff auf die Naturfreundejugend Berlin

Die Naturfreundejugend Berlin ist in der Nacht zum Montag (25.1.2010) zum wiederholten Mal Ziel eines Angriffs geworden. Unbekannte beschädigten zwei Glasscheiben des in Friedrichshain gelegenen Büros.

Vermutlich handelt es sich um einen Einschüchterungsversuch von Rechtsextremen. Denn leider wurde die Naturfreundejugend Berlin nicht zum ersten Mal angegriffen: Anfang 2008 wurde eine Anschlagsserie verübt, zu der sich Rechtsextreme bekannten. Sie beschädigten die Bürofenster mit Pflastersteinen, zerstörten die Frontscheibe eines Autos, welches sie gleichzeitig besprühten. Des weiteren wurde damals ein Zettel mit der Aufforderung „UMZUG!“ an die Büroscheiben geklebt und wir erhielten eine Drohmail mit explizit rechtsextremem Inhalt.

Außerdem wurden am Wochenende weitere linke Initiativen Ziel von Angriffen: In der Nacht zum vergangenen Donnerstag (21.1.2010) haben Neonazis die Schaufensterscheiben der Chile-Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“ e.V. in Berlin Neukölln eingeschlagen und zahlreiche NPD-Zettel verklebt, die an den Jahrestag des Selbstmordes des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß erinnern. Am Wochenende wurden in der Galerie Olga Benario, ebenfalls in Berlin Neukölln gelegen, die Scheiben der Eingangstür beschädigt. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Neo-Nazis in Berlin zusammen tun, um linke Initiativen einzu-

weiter Seite 4

Duisburg stellt sich quer

Aufruf gegen den Sternmarsch von Pro NRW und NPD

Die Vorbereitungen für die Proteste gegen den geplanten Anti-Islamisierungskongress von Pro NRW mit Sternmarsch in Duisburg laufen auf Hochtouren. Ein breites Bündnis ruft dazu auf, sich „querzustellen“. Hier der Aufruf:

Am 27./28. März 2010 werden wir zusammen mit tausenden von Menschen den Naziaufmarsch von Pro NRW und NPD in Duisburg verhindern.

Die rechtspopulistische Partei Pro-NRW und die faschistische NPD kündigen an, am 27. und 28.3.2010 Aufmärsche gegen die Duisburger Merkez-Moschee durchzuführen. Pro-NRW und NPD wollen wie in der Schweiz ein Minarettverbot durchsetzen. RassistInnen und NeofaschistInnen aus Deutschland und ganz Europa sind zu ihren Aufmärschen bereits eingeladen. Wir stellen uns allen RassistInnen und NeofaschistInnen entgegen, egal woher sie kommen!

Die rassistische Hetze von Pro-NRW und NPD zielt darauf ab, die Vorurteile und Ängste gegenüber Menschen islamischen Glaubens für ihre Ziele zu nutzen. Dabei greifen sie eine antiislamische Debatte auf, welche aus der Mitte der Gesellschaft angestossen wird. Während die NPD offen nationalistisch und rassistisch auftritt, versucht Pro-NRW nach außen den bürgerlichen Schein zu wahren. Sie entlarven sich jedoch selbst durch Personen in der Führungsriege, die eine einschlägige faschistische Vergangenheit haben. Hinter der scheinbaren bürgerlichen Fassade versteckt sich eine tiefe Verachtung, die sich in Wirklichkeit gleichermaßen gegen Muslime, MigrantInnen und Hartz IV-Betroffene richtet.

Im Jahr 2010 werden wir Duisburgerinnen und Duisburger gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften aus den Gewerkschaften, Parteien, Jugend- und Studierendenverbänden, der Friedens-und Umweltbewegung, der radikalen Linken, globalisierungskritischen Gruppen und anderen Aktionsgruppen aus ganz NRW den Aufmarsch der Nazis und RassistInnen verhindern. Nie wieder werden wir den AnhängerInnen des verbrecherischen Nazi-Regimes, rechtspopulistischen Parteien oder Bürgerbewegungen unsere Städte überlassen!

Im Jahr 2005 haben tausende Menschen gegen den Naziaufmarsch in Duisburg Marxloh demonstriert und diesen verhindert. In diesem Jahr wollen wir uns wie in Jena, Köln und Berlin bereits erfolgreich durchgesetzt, auch in Duisburg durch Aktionen des zivilen Ungehorsam mit Massenblockaden den Nazis entgegen stellen und sie blockieren. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns dem braunen Mob in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Dabei sind wir solidarisch mit allen, die mit uns dieses Ziel teilen und dem Naziaufmarsch in Sicht-und Hörweite entgegen treten wollen.

Wir Duisburgerinnen und Duisburger laden über unsere Stadtgrenzen hinaus alle antifaschistischen Kräfte dazu ein, jetzt gemeinsam mit uns die umfassende Aufklärung und Mobilisierung in den Stadtteilen zu beginnen!

Unterstützt uns und kommt am 27./28. März 2010 in unsere Stadt – gemeinsam werden wir die Nazis stoppen!

Hoch die internationale Solidarität!

25.01.2010 Duisburg stellt sich quer ■

Aufruf zur Aktion: „Marxloh stellt sich quer“.

Marxloher Geschäftsleute, Ärzte, Rechtanwälte, Institutionen etc. etc. müssen Farbe bekennen und zusammenstehen, denn unser Zusammenleben soll durch menschenverachtende Parolen, die zur Vertreibung aufrufen, ge- und zerstört werden. Was anderes besagt es, wenn die NPD fordert: “Niemals deutsches Land in Moslem-Hand“ und Pro-NRW, dass wir besser Contra-NRW nennen, eine Anti-Islam-Konferenz unter dem Titel: „Abendland in Christenhand“ abhalten will. Beide Gruppen wollen diese Hetze hier bei uns in Marxloh am 27.3. und 28.3. verbreiten. Und zwar getrennt voneinander, weil sie zerstritten sind.

Jetzt ist unsere Zivilcourage gefordert. Nicht noch einmal darf die Mehrheit schweigen. Deshalb hat sich am 25.1. das Marxloher Bündnis wiederbelebt. Das erste Marxloher Bündnis wurde 2005 gegen die damalige Nazi-demonstration gegründet. Das zweite Bündnis richtete sich ebenso erfolgreich gegen den schändlichen ZDF-Film über Marxloh. Beide Bündnisse wurden federführend von dem im letzten Jahr leider plötzlich verstorbenen Rechtsanwalt Helmut Rappen initiiert. Ziel dieses Marxloher Bündnis ist es, möglichst alle Marxloherinn und Marxloher zu gewinnen, an diesen beiden Tagen aus ihren Häusern auf die Straßen zu gehen, um zu demonstrieren, dass für derartiges Gedankengut hier kein Platz ist.

Wir in Marxloh lebende und arbeitende Menschen erheben unsere Stimme gegen die menschenver-achtenden Hetzparolen von NPD und „Pro-NRW“. Wir wenden uns entschieden gegen diese Versuche von außen, unser friedliches Zusammenleben durch derartige Aufrufe zur Vertreibung zu stören. Dafür ist hier kein Platz. Deshalb stellen wir uns in den Weg um zu zeigen: So nicht! Das hat es nur einmal gegeben. Jetzt spricht die schweigende Mehrheit!

Bitte unterschrieben bis 20.2. an das Marxloher Bündnis zurück. Danach muss das Plakat in Druck gehen. Kontaktadresse: Marxloher Bündnis, c/o Sylvia Brennemann, Warbruckstr. 39, 47169 Duisburg, email: a.brennemann@freenet.de

schüchtern. Doch wir lassen uns das nicht gefallen und werden unsere Arbeit unvermindert fortsetzen! Dabei solidarisieren wir uns mit der Chile-Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“ e.V. , der Galerie Olga Benario und allen Projekten, die Opfer von rechtsextremen Angriffen werden!

Mehr Infos unter: http://www.naturfreundejugend-berlin.de/

Naturfreundejugend Landesverband Berlin, den 26. Januar 2010 ■

Säure-Anschlag auf LINKE-Wahlkreisbüro der Abgeordneten Ulla Jelpke

DORTMUND. Auf das Wahlkreisbüro der Dortmunder Abgeordneten und innenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Ulla Jelpke, ist in der Nacht zum Donnerstag ein Anschlag mit Buttersäure verübt worden. Die Dämpfe der Buttersäure reizen Augen, Atemwege und Haut stark. Ein direkter Kontakt mit der Flüssigkeit bewirkt schwere Verätzungen. Buttersäure weist schon in sehr geringen Konzentrationen einen extrem unangenehmen, ranzigen Geruch auf. Das Büro ist damit vorerst nicht benutzbar.

„Wir kennen die Täter noch nicht, aber es ist naheliegend, sie in neofaschistischen Kreisen zu suchen. Es ist wohl kein Zufall, dass der Anschlag in der Nacht vor einer von der Partei DIE LINKE bundesweit durchgeführten Plakatieraktion gegen den Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden erfolgte“, erklärt Ulla Jelpke. „Ich bin zuversichtlich, dass dieser feige Anschlag ebenso wie das Verbot der antifaschistischen Plakate zusätzlich mobilisierende Wirkung haben wird. Jetzt heißt es erstrecht: Am 13. Februar alle nach Dresden und den Naziaufmarsch blockieren!“

Der Säureanschlag ist bereits der fünfte Anschlag auf das Wahlkreisbüro innerhalb der letzten Jahre. Im Sommer vor zwei Jahren hatten mutmaßlich Neofaschisten im Vorfeld eines Naziaufmarsches das Büro mit Stahlkugeln beschossen – eine potentiell tödliche Waffe.

Ulla Jelpke, MdB ■

Zweiter „Kongress gegen Rechts“ am 20. März 2010

MANNHEIM. Das Bündnis „Mannheim gegen Rechts“ organisiert am 20. März 2010 seinen zweiten „Kongress gegen Rechts“. Dabei soll es Informationen zu rechten Organisationen und Aktivitäten in Mannheim und der Rhein-Neckar-Region, Diskussionen über Gegenstrategien und die Möglichkeit zur Vernetzung geben.

Neben dem Besuch der Vorträge können die Besucherinnen und Besucher bei Diskussionsrunden und verschiedenen Workshops aktiv mitarbeiten und eigene Erfahrungen einbringen.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt 2010 auf den Internetaktivitäten der Nazis. Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) referiert zum Thema „Nazis in sozialen Netzwerken im Web 2.0“, in einem Workshop am Nachmittag kann das Thema mit Bernd Merling vom Internetprojekt „Anti-Faschismus 2.0“ weitergehend diskutiert werden.

Auch rechte Organisationen aus Mannheim und deren Aktivitäten sind Thema auf dem Kongress. Das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ vom Jugendzentrum in Selbstverwaltung hält in Zusammenarbeit mit dem AK Justiz Mannheim einen Vortrag, bei dem die Wahlergebnisse für rechte Parteien wie die Deutsche Liste (DL) bei der Kommunalwahl bzw. der NPD und REP bei der Bundestagswahl für Mannheim beleuchtet werden.

Die Workshops am Nachmittag behandeln weitere Themen, was man gegen Rechts an Schulen, im Betrieb oder gegen Wortergreifungsstrategien von Nazis auf Veranstaltungen tun kann. Die Workshops werden u.a. geleitet durch Referentinnen und Referenten vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Netzwerk für Demokratie und Courage.

Das Bündnis „Mannheim gegen Rechts“ wird bisher von knapp 40 Organisationen unterstützt, darunter Vereine, Initiativen, Parteien, Jugendeinrichtungen, Gewerkschaften, kirchliche und Jugendorganisationen. Bereits im letzten Jahr nahmen am ersten Kongress über 100 Personen teil, an diesen Erfolg soll 2010 angeknüpft werden.

Der Kongress richtet sich an alle Menschen, die sich gegen Rechts informieren und engagieren wollen. Nazis haben keinen Zutritt zum Veranstaltungsort. Die Teilnahme ist kostenlos, lediglich Mittagessen und Fahrtkosten müssen selbst getragen werden. Der Veranstaltungsort ist das Naturfreundehaus im Mannheimer Stadtteil Herzogenried. Die Veranstaltung beginnt am 20. März um 10 Uhr, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen und ein Anmeldeformular finden sich auf der Website des Bündnisses unter www.mannheim-gegen-rechts.de.

Bündnis „Mannheim gegen Rechts“ ■

Familienministerin Köhler will Initiativen gegen rechts vom Verfassungsschutz überprüfen lassen

BERLIN. Sowohl Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen als auch von DIE LINKE haben in Pressemitteilungen zu den skandalösen Plänen von Bundesfamilienministerin Köhler Stellung genommen, ab 2011 standardmäßig alle Initiativen, die bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus gefördert werden, vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen.

Sven-Christian Kindler (Grüne), Haushaltsberichterstatter für das Familienministerium:

„Es ist ein Skandal, dass Frau Köhler alle Initiativen, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, einer Regelprüfung durch den Verfassungsschutz unterziehen will. Dies ist eine völlig unverhältnismäßige Vorverurteilung. Zivilgesellschaftliche Anti-Rechts-Initiativen benötigen mehr Anerkennung und Unterstützung und gehören nicht unter Generalverdacht gestellt.

In den Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 hatte Ministerin Köhler sich eine Regelüberprüfung durch den Verfassungsschutz jeglicher Initiativen, die staatliche Fördergelder bekommen, „ausdrücklich vorbehalten“. Für die neue Förderperiode der Programme für Demokratie, Vielfalt und Toleranz ab 2011 sollen dazu Gespräche über die Umsetzung mit dem Bundesinnenministerium und Verfassungsschutz geführt.

Anstatt Linksradikale mit Rechtsextremisten auf eine Stufe zu stellen, sollte sich die Bundesregierung ernsthaft mit dem Problem des Rechtsextremismus in Deutschland befassen. Allein 2009 begingen Rechtsextreme laut Bundeskriminalamt rund 20.000 Straftaten. Immer wieder werden Menschen von Neonazis schwer verletzt oder sogar getötet.

Seit der Wende haben Rechtsextreme über 140 Menschen in Deutschland ermordet. Und in wenigen Wochen, am 13. Februar, wollen in Dresden wieder viele Tausend Neonazis aufmarschieren, die Shoa relativieren und deutsche Täter zu Opfern machen.“

Steffen Bockhahn, der Bundestagsabgeordnete und Hauptberichterstatter für das Familienministerium im Haushaltsausschuss für die Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Anzahl der rechtsextremen Übergriffe hat sich seit 2004 verdoppelt.

Gerade jetzt wäre es Aufgabe der Ministerin den Menschen Mut zu machen, aktiv für Zivilcourage und Toleranz einzutreten. Stattdessen wird dem Engagement gegen Rechtsextremismus von staatlicher Seite mit Misstrauen begegnet. Zivile Initiativen werden unter Generalverdacht gestellt. Ministerin Köhler muss hier sofort Klarheit schaffen und ihre Absichten widerrufen.

Wir Deutschen sollten uns gerade am heutigen Holocaust-Gedenktag über unsere besondere Verantwortung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus bewusst sein. Es ist nicht hinnehmbar, dass es immer noch Menschen in Deutschland gibt, die Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Hass gegen Minderheiten predigen

PMs 27.1.2010 ■

Neues im Prozess gegen Heinrich Boere

AACHEN. Eigentlich waren die Plädoyers angekündigt, aber der Prozess gegen Heinrich Boere brachte am Donnerstag, den 28.1. neue Erkenntnisse ans Licht. Die Nebenklage hat bei umfangreichen Recherchen Boeres Beteiligung an der Ausspionierung von niederländischen FluchthelferInnen und Untergetauchten aufgedeckt. Sie stellten Strafanzeige wegen 7-fachen Mordes vor der Staatsanwaltschaft Köln.

Erwartet wurden die angekündigten Plädoyers für den heutigen Prozesstag sicherlich von einigen. Stattdessen brachten die Anwälte der Nebenklage, Detlef Hartmann und Wolfgang Heiermann neue Dokumente und Beweismittel in die Verhandlung ein, die die Biographie Heinrich Boeres in ein neues Licht rücken.

Aus den neuen Erkenntnissen der Nebenklage geht unter anderem hervor, dass Boere nicht nur in Bezug auf seine Biographie, insbesondere seine Rückkehr von der Ostfront, sondern auch in Bezug auf seine Mitgliedschaft bei der N.S.B und seine ideologische Festigung vor Gericht gelogen hat. Er habe sich im Januar 1943 als Sympathisant in den N.S.B eintragen lassen und auch Mitgliedsbeiträge gezahlt, gibt er 1946 bei seiner Vernehmung zu Protokoll. Weiterhin: Im März 1944 ist er in den Dienst der germanischen SS getreten, 1944 ist er im SS-Ausbildungslager Avengoor und macht dort „Übungen (...) mit einem Gewehr bewaffnet“. Auf eigenen Wunsch habe er eine Polizeiausbildung in Schalkhaar gemacht und sei anschließend zur Landwacht eingeteilt worden. Als er anschließend der germanischen SS beitrat, hat er umfangreich den Umgang mit Waffen gelernt und wird unter dem Kommando Fedmeijer mit der Aufgabe betraut, onderduikers, Untergetauchte, und deren niederländische FluchthelferInnen aufzuspüren und zu verraten. 1946 gibt er zu Protokoll: „Ich bekam dann den Auftrag, mich in Maastricht beim Kommandant der Landwacht H. Puts zu melden. Dort war auch Lebbink. Wir bekamen dann den Auftrag, uns beim SD-Mann Ströbel zu melden. Dort haben wir Roseboom getroffen.

Wir bekamen dann den Auftrag nach Helden Panningen zu gehen, um heraus zu finden, wo sich ‚onderduikers‘ befinden. Wir sollten uns bemühen, zu ihnen Kontakt zu bekommen, ihr Vertrauen zu gewinnen und alle Informationen zu Untergrundtätigkeit zu bekommen. Wir sind dann mit unseren Fahrrädern mit dem Zug nach Venlo gefahren und später nach Helden Panningen.“

Boere und seine Kameraden gaben sich als Flüchtlinge aus und versuchten Unterschlupf zu finden: „Wir haben dann bei zwei Bauern einen Unterschlupf bekommen, haben aber gesagt, dass wir in ein bis zwei Tagen zurückkommen, weil wir noch Sachen holen müssten. Nachdem wir genug Informationen hatten, sind wir zurück nach Maastricht gefahren und haben bei Ströbel unsere Informationen abgegeben“. Bei der darauffolgenden Razzia am 17. Mai 1944, an der auch Heinrich Boere beteiligt war, wurden in Helden und Umgebung insgesamt 52 Personen festgenommen. Mindestens sieben dieser Menschen starben in deutschen oder niederländischen Konzentrationslagern.

Der Sohn des Fahrradhändlers Tuin de Groot, eines der Opfer

Die neuen Erkenntnisse der Nebenklage zeichnen ein Bild Heinrich Boeres, der als überzeugter Nationalsozialist und mit einer eigenständigen, brutalen Triebkraft seine Handlungen verfolgte. Auch die Beförderung zum Hauptscharführer im Juli 1944, die nach den Recherchen der Nebenklage im Zusammenhang mit der Ermordung Bickneses stand, widerlegen Heinrich Boeres Selbstdarstellung als bloßen Befehlsempfänger .

Die Anwälte der Nebenklage, Detlef Hartmann und Wolfgang Heiermann betonten die Dimension der tiefen ideologischen Verstrickung Boeres in das nationalsozialistische Fernziel, „gewachsene soziale und religiöse Zusammenhänge zu zerstören, um die Verfügung über die dem Terror isoliert ausgelieferten Menschen zu gewinnen, das Gute im Menschen auszumerzen, die Fähigkeit zu Mitgefühl, Empathie und Solidarität, um die vereinzelten Menschen als verflüssigtes und homogenes Material für die nationalsozialistische Gestaltung des Großraums Europa zuzurichten und niedrige Instinkte zu wecken und in die Kollaboration einzuladen.“

Es geht um die Bewertung in einem historischen Kontext. Der heutige Wunsch nach Gerechtigkeit beantwortet sich aus den vielen Widerstandshandlungen, die trotz Terror, öffentlichen Erschießungen und Deportationen nicht verhindert werden konnten.

„Der Widerstand wurde stärker und behauptete seine Werte gegen den Terror. In den bäuerlich geprägten Gebieten Limburgs leistete schließlich fast jede Familie ihren Beitrag zu den Hilfsnetzwerken“.

Und so betonten Heiermann und Hartmann: „Sie sind es, nicht die juristische Aufarbeitung nach all den Jahren der Bewältigungsjustiz mit ihren nicht nachvollziehbaren Einstellungen von Verfahren und Blindheiten für die eigentlichen Schreibtischtäter aus den deutschen Eliten, auf die die Erwartung von Gerechtigkeit sich zu gründen vermag. Das Gewebe der Hilfsgeflechte ist ja nicht zerstört worden, das Ziel der Nationalsozialisten, es in der Verwirklichung ihrer zynischen Gesellschaftsvorstellungen aufzulösen, hat sich nicht realisiert. Die Erinnerung an sie wirkt fort. Sie ist es auch, die dem Wunsch nach Gerechtigkeit noch heute ihre eigentliche Antwort gibt.“

Die Staatsanwaltschaft Aachen unter StA Andreas Brendel – leitender Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß war am Prozesstag nicht anwesend – nahm nur kurz Stellung zu den neuen Vorwürfen und Beweisdokumenten, sie schloss sich dem Antrag der Nebenklage nicht an.

Es sei irrelevant für den Prozessverlauf, dass Heinrich Boere ein überzeugter Nazi-Täter war. Dass es eigentlich die Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist, den Lebenslauf und die Überzeugung des Täters zu überprüfen, ließ er unkommentiert.

Rechtanwalt Matthias Rahmlow, Verteidiger Boeres, wollte sich hingegen gar nicht zu den Vorwürfen äußern. Er stellte seinerseits, auf Nachfrage des Vorsitzenden Richters Gerd Nohl, einen Antrag auf Überprüfung des Befehlsnotstandes und betonte die Stilisierung Boeres als bloßen Mitläufer. Stellungnahmen der Verteidigung werden beim nächsten Prozesstermin erwartet.

AK Kein Vergessen! 29.01.2010 ■

Die französische extreme Rechte

Fünf Wochen vor den französischen Regionalparlamentswahlen

Sage niemand mehr, die französische extreme Rechte sei ausschließlich „ewig gestrig“… Jedenfalls dazu, neue Themen aufzugreifen, scheint sie in der Lage. Es fragt sich nur, mit welchem Ziel, und um welche Ideologie zu entwickeln. Alle Welt redet vom Klimawandel oder der drohenden Klimakatastrophe – der Front National auch. Allerdings, um, gelinde ausgedrückt, unorthodoxe Thesen zum Thema zu verbreiten.

Am Samstag, den 30. Januar 10 tagte der „Wissenschaftliche Beirat“ (Conseil Scientifique) der rechtsextremen Partei, zusammen mit hochrangigen Führungsmitgliedern und rund 100 Aktivisten, am Parteisitz des FN in Nanterre. Das Thema lautete „Klimaerwärmung: Mythos oder Realität?“ Die Botschaft, die Jean-Marie Le Pen dazu verbreitete, soll allen Populisten und Verschwörungstheoretikern wie Öl hinuntergehen: Man – also die Regierenden, die „verrückt gewordenen Gutmenschen“ und die „Anhänger der neuen Umweltschutz-Religion“ – belügt uns mit „manipulierten oder nicht haltbaren wissenschaftlichen Berichten“ über den Klimawandel. Ziel sei es, unter Berufung auf dieses globale Problem „eine Weltregierung zu errichten“ und „unsere nationale Freiheit zu zerstören“. Die gute alte Weltverschwörung zur Unterjochung der Nationen also. Ferner, führte Le Pen aus, gehe es darum, die Öffentlichkeit auf die Aufnahme „von angeblichen Klimaflüchtlingen“ aus armen und besonders getroffenen Ländern vorzubereiten.

In den letzten Wochen und Monaten hat der FN einen neuen Aufschwung erlebt. Die durch die konservative französische Regierung seit Ende Oktober 2009 ausgerufene „Debatte über die nationale Identität“ hat es der rechtsextremen Partei zwar nicht unbedingt erlaubt, neue Wählerschichten zu erschließen, aber zumindest die eigene Anhängerschaft konnte aufgerüttelt und verstärkt mobilisiert werden.

Ein Teil der extremen Rechten gibt sich jedoch mit den Antworten von Einwanderungs- und Nationalidentitäts-Minister Eric Besson zum Thema nicht zufrieden. Während der FN den Minister weiterhin als ‚immigrationiste‘ – also Einwanderungs-Apostel – tituliert, demonstrierten 100 bis 200 Anhänger der ‚Ligue du Sud‘ am 30. Januar 10 in Donzère. Eric Besson ist der Bürgermeister dieser südfranzösischen Kleinstadt im Bezirk von Valence. Die ‚Ligue du Sud‘ ging überwiegend aus einer FN-Abspaltung sowie aus dem aktivistischen ‚Bloc identitaire‘ hervor; einer ihrer Spitzenpolitiker ist Jacques Bompard, Bürgermeister von Orange, der von 1972 bis 2005 dem Front National und von November 2005 bis Ende Januar 2010 der rechtskatholischen Kleinpartei MPF (Bewegung für Frankreich) angehörte. Die Demonstranten warfen dem Minister vor, durch eine nicht an Blut und Boden, sondern eher an die „Werte der Republik“ (und eine Art von französischer Variante der „Leitkultur“) gebundene Nationsdefinition einen Ausverkauf „der Erde unserer Vorfahren“ zu befördern. Durch ihren Aktivismus versuchen die ‚Ligue du Sud‘ und die ‚Identitaires‘, im Vorfeld der Wahlen außerparlamentarisch den FN zu überflügeln, der jedoch in der rechten Wählergunst deutlich die Nase vorn behält. In der südostfranzösischen Region PACA (Provence-Alpes-Côte d’Azur) werden dem FN derzeit 19 %, der ‚Ligue du Sud‘ hingegen drei % der Stimmen vorausgesagt.

Um sich vom Regierungslager abzusetzen, forciert der Front National nun seine Agitation gegen Einwanderer. Nachdem am 22. Januar dieses Jahres 124 migrantische ‚boat people‘ – mutmaßlich Kurden aus Syrien, die gute Chancen auf eine Anerkennung als politische Flüchtlinge haben – an der Südküste Korsikas strandeten, hatte die Regierung diese zunächst in Abschiebehaft nehmen lassen. Französische Richter hatten die Flüchtlinge jedoch allesamt aus den Abschiebegefängnissen, auf die sie verteilt worden waren, freigelassen, um ihr Recht auf Stellen eines Asylantrags zu garantieren. Dies nutzte Le Pen als Steilvorlage, um offen zu hetzen: Auf einer Großveranstaltung in Toulon am 24. Januar 10 forderte er lautstark, „diese Migranten, diese Illegalen, diese Kriminellen“ sofort „von französischem Boden auszuweisen“. Andere Teile der extremen Rechten zogen ihm nach, wie etwa der Rechtskatholik Bernard Antony (bis im Jahr 2006 Parteimitglied des FN), der auf seinem ‚Blog du pays réel‘, dazu aufforderte, diese syrischen Kurden „in die Türkei zurückzuschicken“ (sic). Le Pen sprach auf derselben Kundgebung von einem „Migrations-Tsunami“, der über Frankreich hereinbreche.

Aber an manchen Punkten scheint er selbst für den rassistisch und gegen Einwanderer gestimmten Teil des Publikums zu weit zu gehen. In verbaler Übersteigerung übertitelte etwa eine regionale Webpage des FN einen Beitrag über einen Abschiebestopp nach Haiti: „Unanständig!“ Infolge der schweren Erdbebenkatastrophe in Haiti vom 12. Januar d.J. hatte Einwanderungsminister Eric Besson angekündigt, vorläufig nicht in die von schweren Zerstörungen geprägte Karibikrepublik abzuschieben. Dies kommentierte die Homepage des FN Neukaledonien (die weiße Siedlerbevölkerung der Pazifikinsel bildet eine Hochburg der rechtsextremen Partei) gehässig. Doch die in breiten Kreisen manifest gewordenen Emotionen und Sympathien zugunsten der Bevölkerung Haitis hatten zugleich sogar den FN im Regionalparlament des Großraums Paris – der üblicherweise alle Ausgaben für Solidarität oder internationale Nothilfe als „Geldverschwendung“ anprangert – dazu geführt, zugunsten einer Katastrophenhilfe für Haiti zu stimmen.

Die Cheftochter Marine Le Pen, die voraussichtlich im kommenden Herbst das Ruder der Parteiführung übernehmen wird, schaffte es dann allerdings, wieder ein bisschen scheinbare Stimmigkeit in die programmatische Selbstdarstellung zu geben. Nachdem die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ ihr in der ersten Februarwoche 2010 die Gelegenheit gegeben hatte, in einem ‚Chat‘ mit ihrer Leser/innen/schaft Fragen und Antworten auszutauschen, konnte Marine Le Pen auch zu diesem Thema Stellung beziehen. Auf die Leserfrage bezüglich der Erdbebenopfer auf

FN-Werbung zu den Regionalwahlen

Haiti und der Aufnahmepolitik Frankreichs bekundete die 41-Jährige zunächst, auch bei ihrer Partei verspüre man menschliches Gefühl mit den Katastrophenopfern. Jedoch, fügte sie in einem schlauen Schachzug hinzu, wenn die Lage in Haiti heute so tragisch sei, dann liege dies auch an einer „Flucht der Gehirne“, also an der Abwanderung aller besser Ausgebildeten von der Insel. Und dies wiederum sei die Konsequenz einer verfehlten Migrationspolitik in den westlichen Ländern wie den USA und Frankreich, die ihrer Schilderung zufolge angeblich auf quasi offenen Grenzen beruhe. Quod erat demonstrandum – Was zu beweisen war: Die Grenzen müssen also dicht gemacht werden, denn dies ist dann (längerfristig) auch für die Haitianer so viel besser....

Unterdessen startete Jean-Marie Le Pen – seit langen Jahren nie um ein ekelhaftes „Wortspiel“ verlegen, sofern es darum geht, von sich reden zu machen, – eine neue Provokation. Am vergangenen Sonntag, 7. Februar hielt der FN im 15. Pariser Bezirk eine regionale Wahlkampfveranstaltung ab. Angesichts eines proppenvollen Saals rief Jean-Marie Le Pen: „Das nächste Mal nehmen wir das Vel d’Hiv!“ Dieses frühere Sportstadion (Vélodrome d’Hiver) im Pariser Süden ist vor allem dafür bekannt, dass dort infolge der Judenrazzien im Juli 1942 über 13.000 jüdische Personen interniert wurden, bevor kurz darauf ihr „Abtransport“ in die deutschen Vernichtungslager erfolgte. Das Stadion wurde 1959 abgerissen, so dass es rein materiell unmöglich ist, dass Le Pen auf eine eventuell dort stattfindende Veranstaltung angespielt hätte.

Bernhard Schmid, Paris ■

Gunter Demnig verlegt erste Stolpersteine in Italien

Am 28. Januar 2010 verlegte der Künstler Gunter Demnig die ersten Stolpersteine in Rom. An acht Verlegeorten erinnern nun auch in der italienischen Hauptstadt die Stolpersteine an 31 NS-Opfer und Opfer des Faschismus. Mehr als 22.000 Stolpersteine zur Erinnerung an die Menschen, die von den Nazis ermordet worden sind, hat Demnig seit 1996 inzwischen europaweit verlegt. Das Projekt Stolpersteine hat sich zum weltweit größten dezentralen Mahnmal gegen das Vergessen entwickelt.

Elf Stunden dauerten die Verlegungen der Stolpersteine, eine Besonderheit bildete die Verlegung der Stolpersteine vor der Carabinieri-Kaserne in der Viale Giulio Cesare für die Angehörigen der Carabinieri, junge Männer zwischen 20-25 Jahren, die sich den Befehlen der SS verweigert hatten, sich an den Deportationen zu beteiligen und so selber am 7. Oktober 1943 in den Tod deportiert worden sind. Eine Ehrenabordnung der Carabinieri nahm an der Verlegung dieser 12 Stolpersteine teil. Einheiten der Carabinieri wirkten unter den Faschisten Mussolinis an Kriegsverbrechen mit und waren an Deportationen von Menschen in die Vernichtungslager der Nazis beteiligt. Die

Carabinieri ist heute eine polizeiliche Gendarmerie, eine eigenständige Teilstreitkraft in der italienischen Armee.

Carla Di Veroli, Ministerialrätin für Kulturpolitik, sagte: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Juden und Angehörigen anderer Opfergruppen deportiert wurden, weil die Nazis es befahlen, sondern auch, weil die italienischen Faschisten in den städtischen Ämtern das Hitler-Regime unterstützten. Sie gaben Listen mit den Namen und Wohnungen der Juden und anderen NS-Opfern an die Nazis weiter und wirkten so aktiv an den Deportationen der Menschen in die Vernichtungslager der Nazis mit.“ Die Stolpersteine sind nun ein bleibendes Zeichen der Erinnerungskultur, real und greifbar, schlicht und unaufdringlich sind sie Teil der Stadt Rom, ein integraler Bestandteil des täglichen Lebens geworden.

Die Verlegung der ersten Stolpersteine, der „pietre d'inciampo“, wie sie in Italien heißen, wird in einem Buch verarbeitet. Darin enthalten sind historische und kritische Texte, Biographien der Ermordeten, fotografische Abbildungen der Verlegeorte sowie eine CD mit Filmaufnahmen von den Stolperstein-Verlegungen an diesem denkwürdigen Tag, dem 28. Januar 2010. Die Präsentation des Buches ist für den 16. Oktober 2010, dem Jahrestag der Deportationen, geplant.

Andreas Jordan, 1. Februar 2010
www.gelsenzentrum.de ■

VVN-BdA wünscht Mahntafeln an Stätten der Untaten von Angehörigen der Wirtschaftseliten der Zeit 1933 bis 1945

Im Rahmen ihrer Spurensuche und Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“ hat die VVN-BdA in NRW beschlossen, folgende Bürgeranträge auf den Weg zu bringen:

1. An den Rat der Stadt Essen (betr. Dr. Ernst Achenbach)

Es wird beantragt: An der Geschäftsstelle der FDP in der Seidlstr. In Essen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in der Nachkriegs-FDP in Essen Dr. Ernst Achenbach eine bedeutende Rolle als Parteivorsitzender, als Bundestags- und Landtagsabgeordneter gespielt hat. Bei Ernst Achenbach handelte es sich um den Geschäftsführer der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und Mitwirkenden an der Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager der Nazis. In der FDP wirkte er dafür, dass in ihr führende Nazis mitwirken durften und dass die NS-Verbrecher straffrei blieben. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.

2. An den Rat der Stadt Hagen (betr. Günther Quandt)

Es wird beantragt: Am Verwaltungsgebäude der Fa. VARTA in Hagen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass dort einst Günther Quandt residierte, ein enger Partner der Nationalsozialisten, die er förderte und von denen er wiederum unterstützt wurde. Er hat durch „Arisierung“ jüdische Kaufleute beraubt, einen der größten Rüstungskonzerne aufgebaut, die im Zweiten Weltkrieg systematisch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ausbeuteten, so dass viele von ihnen starben. Mit seinen Verbrechen hat er ein großes Vermögen angehäuft, und noch heute zählt daher die Familie Quandt zu den reichsten Europas. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.

3. An den Rat der Stadt Bonn (betr. Hermann-Josef Abs)

Es wird beantragt: Am Gebäude der Deutschen Bank in Bonn wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass an der Spitze dieser Bank der Bonner Bürger Hermann Josef Abs tätig war, der eine führende Rolle in der Wirtschaft der NS-Zeit spielte. Über Abs und die Deutsche Bank berichtete im März 1947 der Omgus-Report (Report einer US-amerikanischen Regierungsorganisation): „Es wird empfohlen“, „daß die Deutsche Bank liquidiert wird.“ Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sollten „angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden“. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.

Mit Anträgen und Aktionen wie oben geschildert setzt die VVN-BdA ihre Rallye „Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945“ fort, in deren Rahmen mit örtlichen Mahnwachen, Publikationen und Bürgeranträgen zur Aufklärung über die Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945 aufgefordert wird. Sie wurden von der VVN-BdA und anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten veranstaltet in: Bielefeld (Oetker), Herten (Zwangsarbeit im Bergbau), Dortmund-Eving (Kirdorfsiedlung), Dortmund-Mitte (Ex-Springorum-Villa), Dortmund-Hörde (Zwangsarbeit in der Stahlindustrie), Essen (Krupp), Mülheim (Kirdorf), Düsseldorf (Industrieklub), Leverkusen (IG Farben), Köln (Hitler und Banker in Villa Schröder), Kreuztal (Flick) und Siegen (Zwangsarbeit in Südwestfalen).

www.nrw.vvn-bda.de ■

Arno Neuber, IMI, zu Gast in München

„Die Bundeswehr als Interventionsarmee und der militär-industrielle Komplex“

München. Im Rahmen der Vorbereitung auf die Münchner Sicherheitskonferenz hatten das Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus und die Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung am 29.1. Arno Neuber, bekannt vor allem für seine Tätigkeit bei der Informationsstelle Militarismus (IMI) im Eine-Welt-Haus zu Gast.

Neuber begann seinen Vortrag über „Die Bundeswehr als Interventionsarmee und der militär-industrielle Komplex“ mit einem Hinweis auf die unselige Namensgebung der Bundeswehrpanzer. So hat der „Dingo“ mittlerweile den „Leopard“ in seiner Bedeutung abgelöst. Bereits die Nazis hätten die Sowjetunion mit Tiger, bzw. Königstigern überfallen. Dies sei natürlich nicht die einzige Traditionslinie, die die Bundeswehr mit der Wehrmacht und dem Nazi-Regime verbinde. Nach Neuber sei sogar zu beobachten, dass je intensiver die Einsätze der Bundeswehr werden, sich auch die Bezugnahmen eher verstärkten. Beispielhaft nannte er zwei Ausbildungsbroschüren „Einsatznah ausbilden“ und „Üben und Schießen“, die weitgehend mit Bildern von und Anklängen an Wehrmacht und Waffen-SS gefüllt seien.

Im Übrigen könne man heute nicht von der Bundeswehr sprechen, ohne auf den Einsatz in Afghanistan einzugehen. Hierbei agierten die politisch Verantwortlichen nach dem Motto „Tarnen und Täuschen“, was man u.a. an der Verlängerung des Mandats um 14 Monate, statt des

üblichen Jahres, sehe, womit die Afghanistandebatte aus dem Bundestagswahlkampf herausgehalten werden sollte. Es sei interessant, dass die neue Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zwar die „nationale Bedeutung“ des Afghanistaneinsatzes unterstrichen habe, mit der Veröffentlichung ihrer Vorstellungen beständig auf die Afghanistankonferenz verwiesen habe. Dabei sei es ein offenes Geheimnis gewesen, dass es auf die Entsendung von mehr Soldaten herauslaufe. Hierbei sei auch die Argumentation, dass es nun weniger um Kampfeinsätze als um Ausbildung gehe, beachtlich. Dies zum einen schon deshalb, da in der bisherigen Begründung des Einsatzes, das Wort Kampfeinsatz vermieden und als Stabilisierungseinsatz verkauft worden war. Zum anderen aber auch, wenn man sich die geplante „Ausbildung“ näher anschaue. Hier sei vom „learning by doing“ die Rede, d.h. es gehe in erster Linie um gemeinsame Einsätze, also Kampfeinsätze in anderer Form.

In der gegenwärtigen Diskussion ist das als neu verkaufte Konzept nur auf Häme gestoßen. Von der FAZ bis zur taz glaube niemand mehr an eine zielführende Lösung. Die laufende Debatte habe jedoch zwei Seiten. So sei es auf der einen Seite positiv, dass die den Einsatz tragenden Kräfte die strategische Initiative und die Möglichkeit, der Öffentlichkeit noch irgendwelche Konzepte zu vermitteln, verloren haben. Im aktuellen Diskurs werde nur noch die Alternativlosigkeit des Einsatzes zur Rechtfertigung herangezogen. Auf der anderen Seite bestärke gerade diese Debatte eine starke Fraktion in Bundesregierung, Parteien und Gesellschaft, die eine neue Etappe in der Militarisierung einleiten wollen.

Diese These belegte Neuber mit einer Vielzahl an Zitaten aus Medien und mehr oder minder offiziellen Stellungnahmen, die allesamt auf die Forderung einer Befreiung des Einsatzes von moralischen, politischen und rechtlichen Skrupeln und Hindernissen hinausliefen. So wird bereits die bisherige menschenrechtliche Begründung des Einsatzes in Frage gestellt und gefordert, sich offen zur Verteidigung nationaler Interessen zu bekennen.

Besonders beunruhigend sei in diesem Zusammenhang das Konstruieren einer neuen Dolchstoßlegende, indem die Stimmung verbreitet wird, dass die Truppen in Afghanistan hervorragende Arbeit leisten und letztlich nur die Kritik oder auch nur die öffentliche Debatte in der deutschen Öffentlichkeit den Erfolg des Unternehmens gefährde. Zusammenfassend sei jedoch festzustellen, dass niemand mehr von einem Sieg träume und man sich allenfalls noch eine Beherrschung des Raumes durch andere Methoden vorstellen könne, etwa einen weitgehend ohne stationierte Truppen, drohnenbasierten Spezialkrieg, mit dem – ohne die Aussicht auf eine demokratische Entwicklung des Landes – die Wahrung eigener Interesses gesichert werde. Worum es letztlich in Afghanistan gehe, sei deutlich wie selten zuvor in einem Interview mit Verteidigungsminister Guttenberg ausgesprochen geworden, der die Region als „Kerngebiet deutscher Sicherheits-, und Wirtschaftsinteressen (Stichwort Energie)“ bezeichnet habe.

Die neue Etappe in der Militarisierung lasse sich als insgesamt vierte seit Kriegsende einordnen. Die erste habe bereits unmittelbar nach der Befreiung begonnen, als zwar die Politik offiziell sich noch mit einer dauerhaften Entwaffnung, so etwa Konrad Adenauer einverstanden erklärt, insgeheim aber bereits den Aufbau einer neuen deutschen Armee betrieben habe. So seien etwa Offiziere straffrei gestellt worden, wenn sie ihre Erfahrungen im „Kampf gegen den Kommunismus“ aufgeschrieben hätten. In dieser ersten Etappe habe es drei Interessenstränge gegeben. So wollten die USA eine schlagkräftige Armee gegen den Kommunismus, die Adenauer-Regierung die internationale Einbindung und Anerkennung eines westdeutschen Staates und die alte Offiziersriege einen Persilschein für ihr vorherigen Handeln. Diese Etappe sei mit Aufstellung der Bundeswehr und der hierfür notwendigen Grundgesetzänderung 1956 abgeschlossen gewesen.

Protest anlässlich der NATO-Sicherheitskonferenz am 5.2.

In der zweiten Etappe sei es um die „Befreiung der Zone“ gegangen, was 1989/90 passiert sei.

In der dritten Etappe ging es darum, die Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee umzuwandeln, was vor allem unter Mithilfe der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Behauptung, in Jugoslawien einen „antifaschistischen Krieg“ zu führen, gelungen sei. Nunmehr gehe es darum, die letzten Schranken loszuwerden und eben offen wieder für „nationale Interessen“ tätig werden zu können.

Bei der anschließenden Debatte erwies es sich teilweise als sehr schwierig, die unterschiedlichsten Emotionen, die dieses Thema hervorruft, zu einer geordneten Diskussion zusammenzubringen. So wurden insbesondere viele Einzelaspekte betont. Dies mag damit zusammenhängen, dass, worauf Claus Schreer zu Recht hinwies, das eigentliche Thema des Abends, die Interessen des Militär-industriellen Komplexes nicht hinreichend im Mittelpunkt standen.

Zur Ergänzung verwies Neuber auf eine Reihe von Gesellschaften und Konferenzen, deren Ziel es sei, Militär, Wirtschaft und Politik zusammenzubringen. Abschließend erinnerte Neuber an die isolierte Lage, in der die Friedensbewegung 1999 gewesen war, demgegenüber sei die heutige Stimmung durchaus eine Ermutigung zum Weitermachen.

Johannes Kakoures ■

Eine Gespensterdebatte geht um in Europa

– und wird begierig von „Rechtspopulisten“ und Rassisten aufgegriffen, aber auch von politisch naiven und anderen Geistern im Namen der Frauenrechte bedient: „Die Burqa verbieten!“

Üblicherweise hätte man erwartet, dass die politischen Fronten anders verlaufen. Doch es war bereits keine Überraschung mehr, dass der Parteikommunist André Gerin und der rechtsbürgerliche Eric Raoult – die beiden Vorsitzenden der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Thema Burqa-Verbot – sich nach Worten von Beobachtern „wie Jacke und Hose verstehen“, als sie am Dienstag, den 26. Januar 2010 den Untersuchungsbericht ihrer Kommission vorlegten.

Unerwarteter hingegen war, dass die Kommissionsmitglieder gemeinsamer Parteizugehörigkeit, und besonders Eric Raoults Parteifreunde von der konservativ-wirtschaftsliberalen Regierungspartei UMP, sich untereinander überhaupt nicht grün schienen. Der Rapport sei „in einer Atmosphäre großer Spannung“ vorgestellt worden, berichtete die liberale Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ vom Ort des Geschehens, einem Seitensaal der französischen Nationalversammlung.

Noch für eine weitere Überraschung sorgte die Sozialistische Partei: Ihre Abgeordneten boykottierten die Sitzung und vermieden es dadurch, sich bei der Abstimmung über die Annahme des Untersuchungsberichts mit Ja oder Nein positionieren zu müssen. Jean-Marc Ayrault, Fraktionsvorsitzender der Sozialisten in der Nationalversammlung, ließ den Kommissionsmitgliedern sowie den Regierungsvertretern ausrichten, er und seine Kollegen erhöben eine Vorbedingung für ihre Teilhabe: Erst müsse die „Debatte über die nationale Identität“, die in den letzten beiden Monaten in Frankreich für heftige Polemiken sorgte, sofort abgebrochen werden.

Denn, so begründete Ayrault das gemeinsame Fernbleiben, die Ideologiekampagne der Regierung zur „Nationalidentität“ habe in jüngster Zeit auch die Diskussion über die Haltung gegenüber der Ganzkörperverschleierung „vergiftet“. Anders sah es freilich sein Parteikollege Manuel Valls, Bürgermeister der Pariser Vorstadt Evry: Er nahm an der Sitzung teil und stimmte auch bei der Annahme des Kommissionsberichts mit zu. Valls schwingt sich seiteinigen Monaten zum „Dissidenten“ innerhalb der französischen Sozialdemokratie auf. Inhaltlich steht er eher am rechten Rand der Partei, er trat für das Aufgeben des Adjektivs „sozialistisch“ im Parteinamen – zugunsten einer Bezeichnung als „Demokraten“ – auf. Im Frühsommer 2009 hatte er in Evry eine Polemik ausgelöst, als er einen Fotografen bat, auf einem Wochenmarkt in seiner Stadt „mehr Weiße, mehr biancos, mehr whites“, so seine Formulierung, ins Bild zu nehmen. Eine Aufnahme, auf der zu viele Einwanderer zu sehen seien, vermittle ein schlechtes Image von Evry.

Unterschiedliche Motivationen

Die Debatten über Einwanderung, über die Behandlung von Migranten, über die „nationale Identität“ und ihre Bedrohung haben tatsächlich die französische Debatte um die Burqa in starkem Ausmaß durchdrungen und geprägt.

Einzelne Parlamentarier, besonders Bürgermeister von Trabantenstädten mit starken Ghettoisierungstendenzen, hatten bei der Einrichtung der Kommission durchaus ihre eigenen Motive. Eigentlich geht es um Probleme des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit. Und dabei ist die Burqa nur ein Symptom und ein eher randständiges, denn laut Zahlen des französischen Innenministerium vom Sommer 2009 wird sie in Frankreich von 367 Frauen getragen, eine verhältnismäßig winzige Zahl. (Neuere Untersuchungen aus polizeilichen Quellen von Ende 2009 sprechen nunmehr von 1.900 Frauen, die Ganzkörperverschleierung trügen, wobei dabei aber unterschiedliche Kleidungstypen – von der afghanisch/pakistanisch geprägten Burqa bis zum Gesichtsschleier „Niqab“, der vor einigen Generationen im Maghreb verbreitet war – zusammen erfasst werden.)

Kommunalverwaltungen, die auf andere Probleme stoßen, wenn etwa strenggläubige traditionelle Moslems oder islamistische Aktivisten die Einrichtung von nach Geschlechtern getrennten Behandlungen in Krankenhäusern fordern, sehen dabei die Empörung über die Ganzkörperverschleierung als Ventil für ihre Frustrationen.

André Gerin, der durch seine Partei – die französische KP – aufgrund seiner aktiven Teilnahme an der Kommission zusammen mit Parlamentariern der konservativen Rechten ziemlich heftig desavouiert wird, dürfte durch solche Hintergründe mit geprägt worden sein. Als Bürgermeister von Vénissieux führt er das Rathaus einer von besonders starker sozialer Ghettoisierung geprägten Vorstadt von Lyon. Gleichzeitig zählt Gerin auch zur altstalinistischen Opposition gegen die Parteiführung innerhalb der französischen KP. Der Rückgriff auf den Staat als zentrale gesellschaftliche Vermittlungs- und Ordnungsinstanz zählt für ihn zu den politischen Grundrezepten. Angesichts einer Vielzahl breit aufgefächerter gesellschaftlicher Verwerfungserscheinungen in den Armutszonen mit hohem Migrantenanteil lag daher der Ruf nach staatlichen Verbotsmaßnahmen, die theoretisch die Voraussetzungen für gesellschaftliche Gleichheit herstellen sollen, für ihn nahe.

Andere in seiner Partei hingegen empört seine Rolle, gemeinsam mit Abgeordneten der bürgerlichen Rechten in der Kommission zu arbeiten. Tatsächlich sind deren Motive oft anderer Natur.

Stehen bei den Befürwortern eines Burqa-Verbots auf der Linken eher die Rechte der Frauen, die durch diese Kleidung schwer beeinträchtigt würden, im Vordergrund, so waren Konservative oder Rassisten eher auf der Suche nach einem „fremden“ Symbol, für dessen Abwehr sie relativ einfach einen Konsens herstellen können. Das generelle Verbot von Kopftüchern, Bärten oder Moscheen etwa wäre kaum durchzusetzen und würde quasi diktatorische Einschnitte gegen die Rechte der Einwanderungsbevölkerung erfordern. Doch ähnlich wie die Schweizer Rechtspopulisten im Verbot des deutlich sichtbaren Minaretts eine Maßnahme fanden, für die leichter ein Konsens auch mit der bürgerlichen Mitte zu stiften war als etwa für ein generelles Aussetzen der Religionsfreiheit für Muslime bpsw. durch ein Moscheeverbot, so verhält es sich auch mit der Abwehr der Burqa. Das leichter angreifbare, da tatsächlich als solches ziemlich fragwürdige Symbol der Burqa dient dabei dazu, eine möglichst breite gesellschaftliche Koalition zu schmieden. Bei dieser Bündnisbildung und der dazugehörigen, breit streuenden Debatte werden all jene fremdenfeindlichen Ressentiments und xenophoben Reflexe mobilisiert, auf deren Abrufen es der rassistischen Rechten genau ankommt: Das Publikum wird genau für ihre Ziele, ihre „Gefahrenbestimmung“ mobilisiert – wobei ein extremes, als solches kritikwürdiges, aber auch innerhalb der Gesamtgesellschaft absolut randständiges Symbol als Aufhänger dafür herhält.

Von den unterschiedlichen Sinngehalten eines Symbols

Die Burqa oder Ganzkörperverschleierung stellt tatsächlich ein besonders krasses und auffälliges Symbol dar. Nur ist dieses Symbol mehrdeutig, je nach gesellschaftlichem Kontext; denn es ist eine ideologische Illusion, auf der vermeintlichen Einheit von „Symbol, Epoche, Bedeutung und gesellschaftlicher Aussagekraft“ zu beharren: Genauso, wie Zeit, Ort und gesellschaftlicher Kontext sich unterscheiden, kann auch die soziale Bedeutung eines Symbols unterschiedlich ausfallen.

In Ländern wie Afghanistan und Pakistan, wo es einen gesellschaftlichen oder auch – zur Zeit der Taliban-Regierung – staatlichen Zwang zum Anlegen solcher Kleidung gab oder gibt, symbolisiert sie

ohne Zweifel zuvörderst die äußerst weit reichende Unterdrückung der dortigen Frauen. In Frankreich, wo es keine Taliban-Gerichte und nichts auch nur entfernt ihnen Ähnliches gibt und wo die Burqa gesellschaftlich äußerst randständig ist, hingegen steht dasselbe Symbol für einen anderen gesellschaftlichen Gestus.

Vor dem Hintergrund einer Republik, die theoretisch die Gleichheit unabhängig von Herkunft und – privatem – Glauben verspricht, doch alltägliche Diskriminierungspraktiken bestehen lässt, dient ein Symbol wie die Burqa in Frankreich vor allem zur Manifestation besonders sichtbarer und demonstrativer Ablehnung der mit dem Gleichheitsversprechen einhergehenden Assimilationsforderung. Sie bedeutet ungefähr so viel wie: „Wir sind nicht so wir Ihr, was immer Ihr auch verkünden möget!“ Eine Form von Revolte, die vor allem bei jungen Frauen anzutreffen ist - und die bei ihnen aus der Erfahrung mit einem an Diskriminierungen reichen Alltag resultiert, die sie allerdings im Laufe der Zeit auch in Familienmodelle hineinführt, die das Gegenteil von Emanzipation darstellen. Bei manchen Trägerinnen kommt, zusätzlich oder stattdessen, auch ein eher mystisches Element des Abschlusses von einer Gesellschaft, ihren verunsichernden oder „verunreinigenden“ Einflusses, auf der Suche nach dem einzig „Wahren und Reinen“ hinzu. Getragen wird die Burqa in der Regel nur von Angehörigen kleiner Sekten, die von den aktivistischen Salafisten bis hin zu eher pietistisch-religiösen Gruppen islamischer Provenienz reicht.

Was bei der politischen Rechten ankommt, ist allerdings vor allem jener Teil der – inhaltlich durchaus gemischten – Botschaft, der da lautet: „Wir sind nicht so wie Ihr, und den Wunsch, uns an Euer Bild oder Selbstbild anzupassen, lehnen wir radikal ab.“ Er wird als Herausforderung der Mehrheitsgesellschaft, der Leitkultur aufgefasst und genau als solche bekämpft. Aus diesem Grund greift die politische Rechte, von ihren moderaten bis zu ihren extremen Spielarten, derzeit die Forderung nach einem Verbot der Ganzkörperverhüllung begierig auf. Gleichzeitig wird sie als Verlängerung der nationalen „Identitätsdebatte“, der Abgrenzung vom Eigenen zum Fremden, begriffen. (Angesichts der Tatsache, dass über 75 Prozent der Burqa-Trägerinnen in Frankreich geboren und aufgewachsen und laut polizeilicher Auffassung mindestens 30 Prozent Islam-Konvertitinnen aus „weißen“, nicht muslimischen französischen Familien sind – die ihre neue Zugehörigkeit auf besonders krasse Art und Weise unter Beweis stellen möchten –, ist das Symbol jedoch für genau diese Abgrenzung absolut untauglich.)

Dies findet seinen Niederschlag in den konkreten Ausformungen, die die Verbotsforderung findet. Diese wird derzeit durch den Kommissionsbericht und ihre Handlungsvorschläge vor allem an Punkten durchdekliniert, die soziale und andere Ansprüche gegen den Staat beinhaltet: Wer eine Burqa trägt, soll vom Zugang zu Sozialleistungen oder Kindergeld ausgeschlossen werden. Auch von dem zur französischen Staatsbürgerschaft, aber das ist seit 2008 ohnehin ständige höchstrichterliche Rechtsprechung. Anlässlich einer Fernsehdebatte zwischen dem umstrittenen islamischen Reformtheologen Tariq Ramadan und dem wirtschaftsliberalen Politikberater Alain Minc antwortete Letzterer auf die Frage, ob auch saudi-arabische Prinzessinnen auf den Champs-Elysées von einem Verbot betroffen sein sollten: „Nein. Diese beantragen ja schließlich keine Sozialleistungen.“

Je länger die Debatte zum Burqa-Verbot dauerte, desto mehr machte sich auf der konservativen Rechten eine generelle Haltung breit, die möglichst viel Verbote und Ausschluss aus der Öffentlichkeit forderte. Hingegen warnten die Spitzenpolitiker und die Juristen ihres Lagers davor, ein zu generelles Verbot – etwa ein Untersagen jeglichen Tragens einer Ganzkörperschleierung auf der Straße – zu formulieren: Diese würde durch die obersten Gerichte oder den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof zweifellos als unzulässige Diskriminierung kassiert. Vor Richtern durchgehen könne, so die Warnung, allenfalls ein punktuelles Verbot, das mit dem Anspruch des Staates auf Identifizierbarkeit der Personen etwa auf Sozialämtern oder Behörden oder auch in öffentlichen Verkehrsmitteln begründbar sei. So sieht es nun auch der Abschlussbericht der Kommission vor. Eine Mehrheit der Abgeordneten der konservativen Regierungspartei UMP, die ihr angehörten, protestierte dagegen jedoch heftig. Sie sehen darin eine kritikwürdige Einschränkung ihrer Verbotsforderung, die sie generell verstanden wissen möchten.

Streit in halb Europa – und besonders in Ländern mit starken Rechtsaußenparteien

Nicht nur Frankreich debattiert derzeit über das Verbot des Symbols der Burqa. In angelsächsisch geprägten Ländern wie Großbritannien, den USA sowie Kanada, wo man ein weit ausgreifendes und unterschiedlichste Ausdrucksformen mit einbeziehendes Verständnis von Meinungs- und individueller Kleidungsfreiheit hat, stößt die französische Verbotsdebatte auf scharfe Kritik. Am Freitag, den 29. Januar 10 kritisierte etwa die ‚New York Times‘ Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy heftig und warf ihm vor, unter anderem durch diese Debatte „den Hass zu schüren“. Einem Burqa-Verbot in Frankreich, so das Blatt, „könnten die Taliban applaudieren“.

Hingegen möchten mehrere europäische Ländern nunmehr Frankreich nacheifern. In keinem von ihnen besteht jedoch bisher ein explizites Verbot, einen Ganzkörperschleier oder eine ähnliche verhüllende Kleidung zu tragen. Als Erstes diskutiert nun Dänemark konkret über Verbotsmaßnahmen in dieser Richtung. Auch wenn die Unterdrückung der Frau auch dort als Begründung dient, ist die rechte und auf Abwehr von Einwanderern abzielende Motivation für eine solche Debatte relativ manifest. In Dänemark ist das Phänomen der Vollverschleierung noch weitaus marginaler als in Frankreich, bei einer Zählung des Innenministeriums wurden drei Fälle im gesamten Land gefunden. Doch die konservativ-liberale Regierung in Kopenhagen ist schon seit 2001 von der parlamentarischen Tolerierung durch die rechtsextreme „Dänische Volkspartei“ DFP als Mehrheitsbeschafferin abhängig. Und Dänemark hat in den letzten Jahren eines der mit Abstand schärfsten Einwanderungs-, Asyl- und Einbürgerungsgesetze angenommen.

In Italien ist die Debatte ebenfalls aufgeflammt, wo die rassistische Regionalpartei Lega Nord die französische Verbotsdebatte begeistert begrüßt hat. Eine von der Lega Nord regierte Stadt, Varallo Sesia in der Region Piemont, hat als erste nunmehr die Burqa verboten – vorbeugend, denn bis dato wurde keine einzige Trägerin gesichtet. Auf nationaler Ebene hat nicht nur die Regionalpartei, sondern inzwischen auch die Silvio Berlusconi nahe stehende Ministerin für Frauengleichstellung Mara Cafagna eine eigene Gesetzesvorlage zum Thema angekündigt. Hingegen vermeldet die Zeitung ‚La Republicca‘, dass die Mitte-Links-Partei der Demokraten (PD) „bremst“.

Auch Österreich, wo die sozialistische Frauenministerin Gabriele Heinisch-Kosek kurz vor am 22. Dezember 2009 einen Vorstoß für ein Burqa-Verbot unternahm, ist eine Debatte dazu in Fahrt gekommen. Die Ministerin hatte ihre Initiative mit dem Kampf gegen Frauenunterdrückung begründet. Auch die deutsche, in die Jahre kommende Frauenrechtlerin Alice Schwarz schaltete sich in die österreichische Debatte ein, und begrüßte dabei sogleich lautstark das schweizerische Abstimmungsergebnis vom 29. November 09. Unterstützung fand die SPÖ-Ministerin für ihren Vorschlag jedoch auch bei den Bischöfen – die mehrheitlich für ein solches Verbot eintreten, um das „christliche Abendland“ vor fremdreligiösen Einflüssen zu schützen – und bei der rechtsextremen FPÖ, während die Grünen signalisierten, sie seien gegen die Burqa, aber auch gegen ein staatliches Verbot.

Ausgerechnet die FPÖ zeigt sich aber nunmehr gespalten, denn ihr Tourismussprecher Roman Haider bezeichnete die Verbotsdiskussion als „absurd“ und schädlich für den Fremdenverkehr – da sie reiche Golfaraber davon abhalten könne, im Fremdenverkehrsort Zell am See einzukehren.

Insofern handelt es sich hier offenkundig, wie im Kern freilich überall, um eine Gespensterdebatte.

Bernhard Schmid, Paris ■

Abschiebungen in den Folterstaat Syrien gehen weiter

Am 27. Januar hat der Innenausschuss des deutschen Bundestages eine dramatische Entscheidung gefällt: Das Abschiebe-Abkommen mit Syrien wird nicht außer Kraft gesetzt. „SPD, Grüne und Linke hatten angesichts mehrerer Inhaftierungen von Abgeschobenen und dokumentierter Folterfälle einen Abschiebestopp gefordert. Damit leben 7.000 SyrerInnen in Deutschland weiterhin in Angst. Sie sind als geduldete Flüchtlinge von dem ‚Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Arabischen Republik Syrien über die Rückführung von illegal aufhältigen Personen' betroffen", dem ersten Abschiebeabkommen mit einem dezidierten Folterstaat. Über den Verbleib von Abgeschobenen verweigert die Syrische Seite bislang jede Auskunft, wie aus einem internen Dokument des Auswärtigen Amtes hervorgeht, das dem Bayerischen Flüchtlingsrat vorliegt.

„Dass die Kooperation mit dem Folterstaat Syrien weitergeht, ist ein Skandal erster Güte. Das Abschiebeinteresse der Bundesregierung wiegt offenbar schwerer als die Sicherheit von Menschen, die oft seit Jahren in Deutschland leben.", so Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Menschenrechtsorganisationen und syrische Flüchtlinge hatten vor dem Paul-Löbe-Haus, in dem der Innenausschuss heute tagte, für Menschenrechte in Syrien und ein Ende der Abschiebungen protestiert.

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Niedersachsen nimmt 10 (!) Flüchtlinge auf

HANNOVER. Die Landtagsgrünen haben die Landesregierung aufgefordert, mehr afrikanische Bootsflüchtlinge aus Malta aufzunehmen. Die migrationspolitische Sprecherin, Filiz Polat, sagte: „Die nun vereinbarte Aufnahme von zehn Flüchtlingen zur Entlastung Maltas ist wirklich lächerlich angesichts der Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Wir dürfen die Mittelmeerstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein lassen. Deutschland und auch Niedersachsen müssen und können mehr Flüchtlinge aufnehmen."

Das Bundesinnenministerium hatte sich in den vergangenen Wochen gemeinsam mit den Bundesländern geeinigt, 100 auf Malta gelandete afrikanische Bootsflüchtlinge aufzunehmen. Niedersachsen würde im Zuge dessen entsprechend dem Königsteiner Schlüssel etwa 10 Personen aufnehmen. Vorausgegangen war im Juni 2009 eine Bitte des Europäischen Rates an alle EU-Staaten, dem Mittelmeerstaat zu helfen.

Seit 1988 starben mindestens 15.000 Immigranten an den Grenzen Europas. Davon starben allein im Mittelmeer sowie im Atlantik 10.740 Menschen. Polat forderte deshalb die Landesregierung auf, nach dem Motto „Hinschauen und nicht wegschauen" zu handeln und sich im Rahmen der von der Europäischen Kommission geforderten Verteilung von Flüchtlingen zwischen den Mitgliedstaaten stärker zu engagieren.

PM v. 27.01.2010 Filiz Polat, Landtagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen ■

Mahnwache „Für die Rückkehr von Gazale Salame"

HILDESHEIM. Am 10. Februar 2005 wurde die Familie von Gazale Salame und Ahmet Siala durch eine Abschiebung auseinandergerissen. Seither lebt die Familie zwangsweise in verschiedenen Ländern: Gazale lebt mit ihren beiden Kindern Schams (5) und Gazi (4) mehr schlecht als recht in der Türkei. Ahmet lebt mit den Töchtern Amina (12) und Nura (10) im Landkreis Hildesheim.

Seit 5 Jahren fordert ein großer Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern die Rückkehr Gazales und ihrer Kinder. Bisher blieben die Behörden stur – eine Rückkehr wurde Gazale bis heute nicht ermöglicht. Der UnterstützerInnenkreis lässt nicht nach in seiner Forderung – am 5. Jahrestag der Abschiebung wird die Forderung durch eine Mahnwache vor der Jakobikirche in Hildesheim (17.00 Uhr bis 18.00 Uhr) deutlich gemacht.

Weitere Informationen sind unter Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Migrationsbericht 2008 verabschiedet

BERLIN. Das Bundeskabinett hat heute den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erarbeiteten Migrationsbericht 2008 verabschiedet. Der Bericht, der auf Wunsch des Bundestages jährlich erstellt wird, gibt auf der Grundlage der vorhandenen Daten einen Überblick über das Migrationsgeschehen in Deutschland und beinhaltet neben den allgemeinen Wanderungsdaten zu Deutschland und der detaillierten Darstellung der verschiedenen Zuwanderergruppen (z.B. Unionsbürger, Studierende, Arbeitsmigration, Asyl und humanitäre Aufnahme, Familiennachzug) einen europäischen Vergleich zum Migrationsgeschehen und zur Asylzuwanderung. Der Bericht enthält außerdem Aussagen zur illegalen Migration und informiert über die Struktur der ausländischen Bevölkerung sowie der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Kernaussagen des Berichts sind u.a.: Deutlich geringer als in den Vorjahren ist der Wanderungssaldo der Ausländer von +10.700 Personen. Im Jahr 2001 lag dieser Saldo noch bei 188.200.Der Zuzug von Spätaussiedlern ist ebenfalls weiter auf 4.362 Personen gesunken. Der seit 2005 festzustellende Wanderungsverlust bei Deutschen hat sich fortgesetzt.

Die Zuwanderung von IT-Fachkräften, weiteren akademischen Berufen, leitenden Angestellten und Spezialisten sowie der Verbleib von Hochschulabsolventen hat in den Jahren 2006 bis 2008 stetig zugenommen. 57,6 % aller Zuzüge (Ausländer und Deutsche) kamen aus EU-Mitgliedstaaten. Mehr als ein Viertel aller Zugezogenen im Jahr 2008 waren Unionsbürger. Auch die Zahl ausländischer Staatsangehöriger ist leicht zurückgegangen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands ist seit Mitte der 1990er Jahre nahezu unverändert und liegt seit 2004 bei 8,8 %. Etwa 35 % der Ausländer in Deutschland sind Unionsbürger (24,3% aus den alten und 10,8 % aus den neuen EU-Mitgliedstaaten).Die größte Ausländergruppe bildet, trotz eines leichten Rückgangs, nach wie vor die türkischer Staatsangehöriger (25,1 %). Fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt seit zehn oder mehr Jahren, etwas mehr als ein Drittel sogar seit mehr als 20 Jahren in Deutschland.

Quelle: flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

BAMBERG. Das Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) der Universität Bamberg veröffentlichte als deutsche Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) im Oktober 2009 eine Studie zu ethnischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Das Arbeitspapier kommt zu dem Ergebnis, dass Einwanderer generell häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind,

verhältnismäßig häufig im Niedriglohnsektor arbeiten und selten in gutbezahlten, prestigeträchtigen Arbeitsverhältnissen zu finden sind. Diese anhaltende Benachteiligung könne als ein Indikator für strukturelle Diskriminierung interpretiert werden, besonders wenn sich diese Diskriminierung über mehr als eine Generation erstreckt.

Auch unter gleichen Voraussetzungen – gleichen Qualifikationen, Alter und Beruf – erhalten Inländer im internationalen Vergleich weitaus häufiger Arbeit, als Bewerber mit Migrationshintergrund. In Belgien beispielsweise hat bei je 637 Fällen zu 47,6 Prozent ein Inländer ein Angebot erhalten, der Bewerber mit Migrationshintergrund lediglich zu 14,3 Prozent. In Dänemark ist das Verhältnis von Inländer zu Migrant 25,1 zu 8,2 Prozent. Spitzenreiter in Sachen Diskriminierung unter den untersuchten Staaten ist Italien mit 46,4 zu 11,3 Prozent. Deutschland liegt bei der Arbeitsmarktdiskriminierung der vorliegenden Statistik zufolge auf dem letzten – in diesem Fall: besten – Platz. Hier ist die Diskrepanz am geringsten. Inländer erhielten zu 52,5 Prozent ein Stellenangebot, Bewerber mit Migrationshintergrund immerhin zu 42,6 Prozent. Die Daten stammen aus dem Jahr 2006.

Bei einer direkten Befragung von Personalern in Deutschland kamen jedoch teilweise erschreckende Vorurteile und Stereotypen zum Vorschein. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag auf türkischen Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation. Diese hätten – so viele Aussagen – eine niedrigere Arbeitsmoral, seien weniger verlässlich und hätten kein Interesse an Fort- und Weiterbildungen. Einige Personaler waren der Meinung, männliche türkische Migranten seien nicht zur Teamarbeit geeignet und auch nicht als Verkäufer – aufgrund ihrer Macho-Attitüden und ihres Mangels an „beruflicher Demut“. Außerdem wurde eine weit verbreitete Abneigung gegen kopftuchtragende Frauen festgestellt, die von einigen prinzipiell nicht eingestellt und von den meisten mit Skepsis betrachtet werden.

Des Weiteren beschäftigt sich die Studie noch mit erlebter oder gefühlter Diskriminierung und der Diskriminierung im rechtlichen Bereich, wobei hier nicht der rechtliche Rahmen, sondern konkrete juristische Urteile Gegenstand der Untersuchung sind.

Die Studie „Ethnic discrimination in the labour market – empirical evidence on amulti-dimensional phenomenon“ gibt es bisher nur in englischer Sprache.

Quelle: Publikation „Forum Migration Februar 2010“ ■

Landkreis Göttingen leitet Abschiebung ein

Der Landkreis Göttingen hat am 29.1. die Verlängerung der Duldung des 25-jährigen Sead B. aus Duderstadt verweigert. Die Duldung der Person läuft nun am 31. Januar ab. Die Ausländerbehörde stellte ein Dokument aus, wonach die Abschiebung in das Kosovo eingeleitet sei.

Der Behördengang der betroffenen Person wurde von 25 UnterstützerInnen begleitet. Die MitarbeiterInnen des AusländerInnenamts behaupteten, es sei ihnen nicht möglich, die Duldung zu verlängern. Die AbschiebegegnerInnen sprachen daraufhin auch mit Landrat Schermann und forderten den Abbruch der eingeleiteten Abschiebung sowie die Verlängerung der Duldung. Auch dieser wies jedwede Handlungsmöglichkeit zu Gunsten der geduldeten Personen zurück und behauptete, den kommunalen Behörden seien die Hände gebunden. Vielmehr sei eine Verlängerung der Duldung ein „Rechtsbruch“, er sei vom Innenministerium angewiesen, die Duldungen der zur Abschiebung vorgemerkten Personen nicht zu verlängern. Sich gegen diese Erlasslage zu widersetzen, stelle eine „Straftat“ dar.

Die drohende Abschiebung ist Teil der „Rückführung“ von Flüchtlingen, die im Zuge des Kosovokonfliktes nach Deutschland gekommen sind. Stadt und Landkreis Göttingen hatten Ende letzten Jahres zunächst 64 Personen für die Abschiebung angemeldet. Dass die kommunalen Stellen nun behaupten, keine Verantwortung für die entstandene Situation zu haben, geht somit an der Realität vorbei. Vergangenen September konnte sich der Kreistag des Landkreises nicht einmal auf eine Resolution gegen die geplanten Abschiebungen einigen.

Sead B. ist seit 1999 in Deutschland. Während der gesamten Zeit lebte er im höchst unsicheren Rechtsstatus der Duldung und fiel somit unter die Regelung der sogenannten Residenzpflicht. Das bedeutet, Sead B. war es über den gesamten Zeitraum nicht gestattet, den Landkreis Göttingen ohne Erlaubnis zu verlassen. Darüber hinaus wurde Sead ein Umzug von Duderstadt nach Göttingen, wo er eine Arbeitsstelle im Klinikum hatte, verweigert.

Die sogenannte Bleiberechtsregelung kam für ihn nicht in Betracht, da er drei Mal in zehn Jahren beim Verstoß gegen die Residenzpflicht aufgegriffen und daher als „Straftäter“ verurteilt wurde. Zudem verlor er 2009 seine Arbeitsstelle, nachdem er durch den Zwang, bei der weiten Anfahrt zur Arbeitsstelle die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, zwei mal verspätet erschienen war. Seither blieb die Bemühung um eine neue Arbeitsstelle trotz unzähliger Bewerbungen ohne Erfolg. ArbeitgeberInnen begründeten ihre Ablehnung mit der Tatsache, dass Sead B. jederzeit abgeschoben werden könne. Überdies sind die Möglichkeiten einer Beschäftigung aufgrund der örtlichen Begrenzung auf den Landkreis Göttingen stark eingeschränkt.

Der Vater der Familie, Fadil B., hat bereits einen abgebrochenen Abschiebeversuch hinter sich: Am 9. Dezember letzten Jahres wurde er zusammen mit einer Tochter zum Frankfurter Flughafen gebracht. Damals konnte der Anwalt der Familie mit einem Eilantrag erreichen, dass die Abschiebung mit Rücksicht auf den Zusammenhalt der Familie zunächst ausgesetzt wurde, da die Mutter aus gesundheitlichen Gründen nicht „reise“fähig war.

Nach der Behördenbegleitung am 29. Januar verließen die UnterstützerInnen Seads das Landkreisgebäude, nachdem dieser aufgebrochen war, um seinen Rechtsanwalt aufzusuchen. Es formierte sich eine spontane Demonstration gegen Abschiebung und für ein bedingungsloses Bleiberecht für alle. Etwa 50 TeilnehmerInnen schlossen sich dem lautstarken Protestzug in die Innenstadt an.

Der Arbeitskreis Asyl verurteilt die menschenverachtende Praxis der Abschiebungen. Alle GöttingerInnen aufgefordert, sich mit aller Kraft für den Verbleib der von Abschiebung bedrohten Personen in Göttingen einzusetzen, die Proteste zu unterstützen und sich von den Diskreditierungsversuchen der Strafverfolgungsbehörden nicht einschüchtern zu lassen. .

Presseerklärung 29.1.2010 Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e.V. ■

Aufruf zur Teilnahme an Newroz-Delegationen

Die Völker des Mittleren Ostens feiern am 21. März Newroz als Fest des Friedens und Beginn des Neuen Jahres. Auch Millionen Kurdinnen und Kurden werden an diesem Tag erneut ihre Forderungen nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage und der Anerkennung ihrer demokratischen Rechte zum Ausdruck bringen.

Die Ankündigung der türkischen Regierung, eine „demokratische Öffnung“ zur friedlichen Beilegung der kurdischen Frage zu starten, hatte große Hoffnungen ausgelöst. Doch bislang hat die Regierung jegliche substanziellen Reformen wie die Einführung muttersprachlichen kurdischen Schulunterrichts oder eine Verfassungsänderung zur Anerkennung der kurdischen Identität verweigert. Stattdessen endete das vergangene Jahr mit dem Verbot der bei den Kommunalwahlen im März von Millionen Kurdinnen und Kurden zur stärksten Kraft in den kurdischen Landesteilen gewählten Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP und der Verhaftung kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in Handschellen abgeführt wurden. In der Westtürkei fanden gleichzeitig Lynchattacken eines nationalistischen Mobs gegen Kurdinnen und Kurden, Roma und Linke statt.

weiter Seite 14

Karawane-Delegation besucht Lager in Hauzenberg und Breitenberg

Gemeinsame Pressemitteilung der Karawane München und des Bayerischen Flüchtlingsrats vom 1.2.2010.

Aus Protest gegen die schlechten Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Bayern sind 10 Bewohner der Flüchtlingslager in Hauzenberg und Breitenberg in Niederbayern (Lkr. Passau) seit Dienstag vergangener Woche (26.1.2010) in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Flüchtlinge fordern Bargeld statt Essenspakete, Arbeitserlaubnisse, die Aufhebung des Lagerzwangs, die Beendigung der Isolation sowie das

Recht, sich in ganz Bayern frei zu bewegen. Die Karawane München und der Bayerische Flüchtlingsrat unterstützen die Forderungen. Mittlerweile sind die Behörden aufgeschreckt, die Regierung von Niederbayern hat für Dienstag, den 2. Februar einen Besuch des Lagers in Hauzenberg angekündigt.

Lange Zeit haben die BewohnerInnen der Flüchtlingslager in den niederbayerischen Gemeinden Hauzenberg und Breitenberg erfolglos gegen ihre diskriminierende Situation protestiert. Nun haben sich 10 junge Männer in der Unterkunft in Hauzenberg dafür entschieden, jede feste Nahrung zu verweigern. Im benachbarten Breitenberg boykottieren die LagerbewohnerInnen kollektiv die Annahme von Essenspaketen, denn die wöchentlichen Essenspakete stehen symbolisch für die Missstände, unter denen Flüchtlinge in Bayern zu leiden haben. „Die Qualität der Lebensmittel ist schlecht und das Essen oft fast abgelaufen, wenn wir die Pakete bekommen. Es gibt immer das gleiche und wir haben keine Möglichkeit, selbstständig über unser Essen zu entscheiden“, sagt Belmond Nsumbu, einer der Hungerstreikenden. Der ehemalige kongolesische Fussball-Nationalspieler lebt, seit er aus dem Kongo fliehen musste, in dem Lager in Hauzenberg.

Als unerträgliche Einschränkung empfinden die Flüchtlinge, dass sie nicht arbeiten und sich nicht ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen dürfen. Dazu kommt die Isolation durch die abgeschiedene Lage. „Man gibt uns keine Möglichkeit, unsere Talente zu nutzen. Wir fühlen uns so isoliert hier“, erklärt ein Mann aus Sierra Leone, der in Breitenberg untergebracht ist. Mit 40 Euro Bargeld im Monat ist es schwierig, das Lager zu verlassen, einen Großteil des spärlichen „Taschengeldes“ müssen die Flüchtlinge für Fahrten zu Behördengängen in Passau ausgeben. Zudem setzt die Residenzpflicht die LagerbewohnerInnen im Landkreises Passau fest: „Nach München dürfen wir nur mit Genehmigung, ständig werden wir kontrolliert, wer einen Tag zu spät zurück kommt, riskiert eine Strafe. Ich bin ein Mensch und will mich in Bayern frei bewegen. Was man uns antut, ist psychische Gewalt“, beklagt sich Kabamba Ban Ibanda aus Hauzenberg.

Uche Akpulu von der Menschenrechtsorganisation „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ sichert den hungerstreikenden Flüchtlingen seine Unterstützung zu: „Bayern zeichnet sich seit Jahren durch eine diskriminierende Asylpolitik aus, bei der die Aufnahme einer Arbeit verboten wird und Menschen über Jahre hinweg in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt und in Lagern isoliert werden. Asylsuchende dürfen hier nicht einmal selbst darüber entscheiden, was sie essen wollen – das ist Entmündigung. Die Forderungen der Flüchtlinge in Hauzenberg und Breitenberg sind auch die unseren, wir werden unser Bestes tun, damit ihr Kampf nicht vergeblich bleibt.“

Auch der Bayerische Flüchtlingsrat unterstützt die Forderungen der Streikenden: „Dass Flüchtlinge jetzt zu lebensbedrohlichen Protestformen greifen, ist die bedauerliche Konsequenz der Bayerischen Isolations- und Lagerpolitik. Seit mehr als einem Jahr werden Änderungen versprochen, jetzt muss endlich gehandelt werden“, so Tobias Klaus.

Weitere Information und laufende „Streikupdates“ unter http://carava.net/ ■

Seit Dienstag, dem 26. Januar 2010 boykottieren mehr als 25 BewohnerInnen der Flüchtlingslager in Hauzenberg und Breitenberg/Niederbayern, Landkreis Passau, die Annahme der Essenspakete, die sie anstelle von Bargeld als minderwertige Verpflegung bekommen. 11 Flüchtlinge in Hauzenberg sind darüber hinaus in unbefristeten Hungerstreik getreten, sie verweigern die Aufnahme fester Nahrung und nehmen lediglich Wasser und Tee zu sich. Die zentralen Forderungen der streikenden Flüchtlinge sind:

1. Recht auf Arbeit
2. Bewegungsfreiheit innerhalb Bayerns statt Landkreisbeschränkung auf Landkreis Passau
3. Bargeld statt Essenspakete

Offener Brief an die Abgeordneten von CSU und FDP: Lagerpflicht abschaffen!

26.1.2010. Verbände und Organisationen appellieren an die Vernunft der Bayerischen Regierung:

Die Debatte um die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Bayern ist nun in der Endphase angelangt. Die Opposition hat sich bereits positioniert: Die Grünen fordern die grundsätzliche Abschaffung der Lagerpflicht, Freie Wähler und SPD wollen die Lagerpflicht auf höchstens ein Jahr beschränken.

Nun liegt es an CSU und FDP, sich zu dem Thema Unterbringung von Flüchtlingen in Bayern zu erklären. Während die FDP bereits vor der Landtagswahl 2008 die Schließung aller Flüchtlingslager forderte, scheint die CSU weiterhin an der Lagerpflicht festhalten zu wollen.

Da CSU und FDP nun ihre regierungsinternen Verhandlungen über die Zukunft der Lagerpflicht beginnen, haben sich Verbände und Organisationen zusammengeschlossen und einen offenen Brief an alle Abgeordneten der CSU und FDP im Bayerischen Landtag verfasst.

Folgende Verbände und Organisationen unterstützen diesen Brief: Paritätischer Wohlfahrtsverband Bayern, Amnesty International München und Oberbayern, Missionsärztliches Institut Würzburg, Münchener Flüchtlingsrat, Augsburger Flüchtlingsrat, Karawane München, Schlau Schulprojekt München, Refugio München, Bayerischer Flüchtlingsrat. Die zentralen Forderungen der UnterstützerInnen an die Abgeordneten sind:

- die Abschaffung der Lagerpflicht in Bayern
- das Recht von Flüchtlingen, sofort in Wohnungen zu ziehen
- für die Zeit der Wohnungssuche Übergangsunterkünfte zu errichten, die entsprechenden Mindeststandards genügen

„Mit dem offenen Brief appellieren wir an die Vernunft der Abgeordneten, die menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern endlich zu beenden“, sagt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

„Mit einem faulen Kompromiss werden wir uns nicht zufrieden geben. Wir fordern ein sofortiges Ende der Lagerpflicht und zwar für alle Flüchtlinge.“ ■

Die Massenfestnahmen kurdischer Politikerinnen und Politiker gehen auch im neuen Jahr weiter.

In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen von Polizei und Armee auf Newroz-Feste. Die Organisation YekKom lädt Politiker, Gewerkschafter, Friedensaktivisten, Journalisten ein, als Beobachter an den Newroz-Festen in der Türkei teilzunehmen. „Mit Ihrer Anwesenheit als ausländische Beobachterinnen und Beobachter helfen Sie, solche Angriffe zu verhindern und einen friedlichen Verlauf zu sichern." heißt es in dem Aufruf. „Sie demonstrieren gegenüber dem türkischen Staat, dass die demokratische Öffentlichkeit in Deutschland und Europa Rückschritte beim Demokratisierungsprozess in der Türkei sehr genau registriert."

PM YekKom 25.1.2010 ■

Historisch unverantwortlich: Abschiebungen von Roma

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg erinnerte anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar an die historische Verantwortung gegenüber den Roma und fordert ein humanitäres Bleiberecht für die Roma aus dem Kosovo.

Vom Baden-Airpark Söllingen fliegen seit Juni jeden Monat Charterflüge nach Pristina, der letzte startete am 12. Januar. Es sind Abschiebetransporte für Flüchtlinge aus dem Kosovo, darunter auch Roma-Flüchtlinge, die fast ausnahmslos schon über zehn Jahre in Baden-Württemberg leben. Sie kamen während des Krieges im Kosovo hierher und durften bisher nicht abgeschoben werden, weil die UNMIK, die Übergangsverwaltung der UN im Kosovo, das aus Sicherheitsgründen nicht gestattete. Nachdem der Kosovo sich für unabhängig erklärt hatte, schloss die Bundesregierung eilends ein Rücknahmeabkommen, um die Roma, die kein Bleiberecht bzw. keine Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Altfallregelung erhalten haben, endlich „rückführen" zu können, wie es im euphemistischen Amtsdeutsch heißt. Etwa 10.000 Roma sind bundesweit in unmittelbarer Zukunft von Abschiebung bedroht.

Da ist z. B. das Großelternpaar, 75 und 70 Jahre alt, das seit elf Jahren in Nordbaden lebt, seinen Lebensunterhalt aber nicht mehr selbst aufbringen kann. Die drei erwachsenen Kinder würden gern für die Eltern sorgen, können aber das Geld nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe aufbringen, weil sie selbst erst vor zwei Jahren eine reguläre Arbeitserlaubnis bekommen haben und eigene Familien ernähren müssen.

Da ist die junge Familie aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, ebenfalls seit elf Jahren dort ansässig. Sie haben zehn Jahre in einer Asylunterkunft gelebt. Alle fünf Kinder sind in Deutschland geboren, der Mann hat Diabetes und kann deshalb nicht jede Arbeit annehmen, hat sich aber, seit er eine reguläre Arbeitserlaubnis hat, intensiv um Arbeit bemüht, bisher allerdings erfolglos.

Es geht um alte oder kranke Menschen oder eben solche, denen es nicht gelingt, angesichts der Wirtschaftskrise eine Arbeit zu finden, von der die ganze Familie leben kann, oft vielleicht auch deshalb, weil sie Roma sind.

Die baden-württembergische Landesregierung rechtfertigt die Rückführung mit dem Lagebericht des Auswärtigen Amts vom 19.10.09, wonach es keine Anzeichen dafür gebe, „dass allgemein bei Angehörigen der Roma aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen die Abschiebung auszusetzen wäre". Die Recherchen von Pro Asyl widersprechen dieser Beurteilung. Danach ist die Sicherheitslage, auch wenn es gegenwärtig keine rassistisch motivierten Gewalttaten mehr gibt, weiterhin nicht stabil, und Minderheitsangehörige werden vom Staat und von der Gesellschaft diskriminiert. Auch der EU-Menschenrechtskommissar Hammarberg hat erst vor kurzem (15.12.09) gegen die Abschiebungen protestiert; ebenso UNHCR, OSZE und viele andere Organisationen.

Zwar versprechen Verfassung und Gesetze im Kosovo Minderheitenschutz und Gleichberechtigung, aber sie werden in der Praxis nicht umgesetzt. Die Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern, steht den Roma daher bisher kaum offen. Ebenso schlecht steht es um ihre Existenzsicherung. Bei 90 % Arbeitslosigkeit der Roma im Kosovo ist es für die Abgeschobenen nahezu ausgeschlossen, eine Arbeit zu finden. Trostlos sind auch die Wohnverhältnisse.

„Wer heute Roma dorthin abschiebt, weiß: Sie landen fast ausnahmslos in Slums oder auf der Müllkippe," sagt Bernd Mesovic von Pro Asyl. In ihre alten Häuser können sie nicht zurückkehren, denn sie sind längst zerstört oder von anderen besetzt. Die Rückkehrer finden auch keine Unterstützung in einem Familienverband, denn der ist durch Krieg und Exil zerstört. Die medizinische Versorgung ist, soweit vorhanden, nur für teures Geld zu haben. Die Unterstützungsprogramme, namentlich URA 2, auf das die Landesregierung verweist, sind lediglich ein kleines Polster für die Ankunft, aber nicht am Ziel nachhaltiger Reintegration orientiert.

Roma in diese Situation abzuschieben, ist ein Verstoß gegen Menschenrechte und geschichtsvergessen angesichts der Schuld gegenüber den Roma. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg erinnert deshalb am 27. Januar, am Holocaust-Gedenktag, an die historische Verantwortung Deutschlands. Bei seiner Einführung vor 14 Jahren sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog, der 27. Januar solle als zentraler Gedenktag „aus Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden lassen".

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg appelliert an die Landesregierung zu beweisen, dass er dieses Gedenken nicht nur als fromme Pflichtübung praktiziert, sondern ihm Taten folgen lässt, und allen Roma, die hier jahrelang leben, eine lebendige Zukunft durch ein humanitäres Bleiberecht zu geben.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ■

Griechische Misere bedroht den Flüchtlingsschutz

PRO ASYL appelliert an die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftsmisere in Griechenland, solidarische Initiativen gegenüber dem kleinen Außenstaat der EU zu ergreifen. Die Folgen der dramatische Wirtschaftslage sollten nicht die ärmeren Bevölkerungsschichten und Schutzsuchende in Griechenland ausbaden müssen. Es wird für die neue griechische Regierung beim besten Willen nicht möglich sein, ein Asyl- und Aufnahmesystem aufzubauen, ohne umfassende Unterstützung durch zusätzliche EU-Fonds und solidarische Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten.

In Griechenland fehlen aktuell Tausende Aufnahmeplätze für Asylsuchende und weiterhin ein Asylsystem. Für Kinderflüchtlinge existieren momentan 405 Schlafplätze in kindgerechten Unterkünften. In den letzten zwei Jahren strandeten jedoch über 10.000 unbegleitete Minderjährige – der größte Teil aus Afghanistan – auf der Insel Lesbos und anderswo. Diese Kinder sind aus der Sicht von PRO ASYL die Flüchtlingskinder Europas. Um diese besonders Schutzbedürftigen aus dem Elend, der Obdachlosigkeit und Schutzlosigkeit zu holen, bedarf es jetzt gemeinsamer Anstrengungen der EU.

Solidarität mit Griechenland bedeutet jetzt: Für die schutzlosen Flüchtlingskinder in Griechenland muss schnell und unbürokratisch eine humanitäre und kindgerechte Lösung gefunden werde. Im Rahmen eines EU-Aktionsplanes sollten diese Flüchtlingskinder kurzfristig, orientiert am Kindeswohl, in andere EU-Staaten verteilt werden.

Von Rücküberstellungen nach Griechenland ist abzusehen.

Über acht Prozent aller Asylsuchenden in Deutschland im Jahr 2009 sollen nach Auffassung des Bundesinnenministerium ihr Verfahren in Griechenland absolvieren.1.855 Übernahmeersuchen hat das zuständige Bundesamt allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 nach Athen geschickt.

Allein diese Fakten zeigen, dass das bestehende europäische Asylzuständigkeitssystem unfair und unsolidarisch ist.

Presseerklärung Proasyl 4.2.2010 ■

Am 19. Januar 2010 fiel die lang erwartete Entscheidung über den Todesstrafenantrag gegen Mumia am US Supreme Court. Wie so oft überschlugen sich Pressemeldungen mit allerlei Ungereimtem bis hin zu absoluten Falschmeldungen. Fest steht: Es gibt KEIN neues Verfahren für Mumia Abu-Jamal! Im Gegenteil: dem Antrag der Staatsanwaltschaft wurde insofern entsprochen, als dass die Umwandlung der Todesstrafe in Lebenslänglich (so entschieden 2001 und 2008 an Bundesgerichten) aufgehoben wurde. Formal wurde der Fall ans 3. Bundesberufungsgericht zurückverwiesen mit der eindeutigen Empfehlung, die Todesstrafe auszusprechen. Das bedeutet zweierlei:

Mumia Abu-Jamal ist nun noch bedrohter um sein Leben, als er es ohnehin schon war. Aber es zeigt auch, dass die verstärkten weltweiten Proteste der letzten Monate Wirkung zeigen: Das höchste Gericht der USA hat sich nicht getraut, selbst eine Entscheidung zu treffen und die Todesstrafe jetzt sofort einzuleiten.

Beide Petitionen an Obama und Justizminister Eric Holder sind von daher weiterhin relevant. Obama Petition unter http://www.das-mumia-hoerbuch.de/petitionen.htm#petitionobama10

und an Eric Holder hier: http://www.das-mumia-hoerbuch.de/petitionen.htm#petitionholder

Vermutlich hoffen die Behörden darauf, dass die Proteste und das öffentliche Interesse um den Fall wieder abflauen. Sie wollen Mumia Abu-Jamal so oder so bis an sein Lebensende im Gefängnis halten. Als direkte Reaktion auf die Entscheidung gab es bereits öffentliche Demos und Aktionen in New York, Philaldelphia, Hannover, Bielefeld und vor wenigen Tagen in Heidelberg. (siehe Bild)

Resolutionsanträge zur Unterstützung von Mumia und für eine generelle Ablehnung der Todesstrafe laufen im Bundesgebiet weiter. Am 28.1.10 verabschiedete die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung eine Resolution gegen die Todesstrafe und für die Unterstützung von Mumia Abu-Jamal. Dasselbe passierte einige Tage zuvor in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain/Kreuzberg in Berlin. Auch weitere Filmvorführungen und anschließende Diskussionen sind in verschiedenen bundesdeutschen Städten für den Februar angekündigt.

Mumia Abu-Jamal hat am 24. April 2010 seinen 56. Geburtstag, es wird sein 28. in Haft. Da die Postzensur ungefähr zwei Monate dauert, wäre es gut, wenn Geburtstagsglückwünsche noch im Februar abgesendet werden.

Adresse: Mumia Abu-Jamal, AM 8335 SCI Greene Prison, 175 Progress Drive, Waynesburg, PA 15370 , USA ■

Die VVN-BdA Köln/Bonn zeigt gemeinsam mit ver.di NRW-Süd und Amnesty International:

„In Prison My Whole Life" – Mumia Abu-Jamal

Der Film erzählt die Geschichte der Reise des jungen William Francome, der in derselben Nacht zur Welt kam, in der Mumia Abu-Jamal verhaftet und des Mordes an einem Polizeibeamten angeklagt wurde - am 9. Dezember 1981. Mit 24 Jahren macht sich der weiße Mittelklassejunge auf die Suche nach der Geschichte des preisgekrönten afro-amerikanischen Journalisten aus den Sozialsiedlungen Philadelphias, dessen Todesurteil ihn sein ganzes Leben lang begleitet hat.
Regie: Marc Evans - London, Oktober 2007, OmU. Preisträger des Internationalen Human-RightsFestival in Genf - März 2008

Nach einer kurzen Einführung zum Film besteht im Anschluss der Vorführung die Möglichkeit, die aktuelle Entwicklung zum Fall Mumia Abu-Jamal zu diskutieren.
Moderation: Sebastian Schröder

Dienstag, 23.2.2010 um 18.00 Uhr im DGB-Haus Bonn Endenicher Str. 127, 53115 Bonn

Internationale Solidarität
Gegen nationalen Kleingeist

29. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

27.Februar 2010
11.00 bis 17.00 Uhr

Internationales Zentrum
Flachsmarkt 15
Duisburg

Einleitungsreferat: Dr. Ulrich Schneider, FIR

von 14 - 16 Uhr Arbeitsgruppen zu den Themen:

1. Pro NRW stoppen!
2. Kritik des Extremismusbegriffs und der entsprechenden Praxis
3. Verbot und Auflösung von Nazi-Kameradschaften, NPD und „autonomen Nationalisten"durchsetzen
4. Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, aber auch an der Vila Hügel: Der neue deutsche Militarismus

16.30 Uhr Abschlussplenum

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.

Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Sorge um den Zustand der CDU

Junge Freiheit Nr. 3/10 vom 15. 1.2010

Das Blatt befürchtet das endgültige Aus für den konservativen CDU-Flügel: „Die Schadenfreude über den vernichtenden Absturz der SPD kann nicht länger kompensieren, dass auch die CDU auf ein katastrophales Tief abgestürzt war ...In Studien und Tagungen lotet die CDU-Spitze derzeit aus, welche strategischen Schlüsse sie daraus für die Zukunft ziehen will. Angela Merkel erweckt dabei nicht den Eindruck, als ob die fortschreitende Marginalisierung des konservativen Flügels ihrer Partei sie sonderlich bekümmert, den sie als Naturwissenschaftlerin wohl nur mehr als Spurenelement identifizieren würde. Die ungehörigen Attacken des Vizekanzlers und FDP-Chefs Westerwelle auf die CDU-Politikerin Erika Steinbach als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) nimmt die Kanzlerin mit stoischem Schweigen hin. Sie wird wahrscheinlich amüsiert die Pressemeldungen verfolgt haben, in denen dieser Tage über die tatsächlichen Mitgliedszahlen des BdV spekuliert wurde. Seit Jahrzehnten operiert der Vertriebenenverband mit einer wohl letztlich symbolischen Mitgliederzahl von zwei Millionen. Tatsächlich findet sich in den Karteikästen nur mehr eine mittlere fünfstellige Zahl.“ Mit einer erfundenen Mitgliederzahl Anspruch auf Vertretungsrechte zu begründen, gilt gemeinhin als Betrug und entlarvt den Verband als unseriöse Revanchistentruppe. Die Schlussfolgerungen des Blattes sind jedoch andere. „Solange Wähler in nennenswertem Maße mangels relevanter Alternativen derzeit nur nach links abwandern können, kann die CDU-Vorsitzende auch weiterhin die Rest-Konservativen elegant auflaufen lassen.“

CSU bundesweit?

Junge Freiheit Nr. 4/10 vom 22. 1.2010

Die Berliner Erklärung der CDU ist Anlass für das Blatt, über mögliche bundesweite Optionen der CSU zu spekulieren: „Die Parteispitze hat Angst. Sie wird aber nur dann an der Macht bleiben können, wenn sie mit der CSU an die 40 Prozent heranreicht. Dafür muss sie, statt links zu wildern, ihre verlorenen Wähler wieder sammeln. Die CSU könnte sie erreichen, denn sie hat noch programmatische Substanz – aber sie müsste bundesweit antreten. Sie stand schon einmal vor dieser Frage. 1977 aber verhinderten die Barone in der Partei diese Strategie von Strauß mit dem Argument: Dann verlieren wir die absolute Mehrheit in Bayern. Die ist jetzt sowieso perdu. Eine bundesweite CSU würde die Vertriebenen ‚heimholen‘ und auch die Wertkonservativen.“ Allerdings gibt es außer dem Wunschtraum des Blattes in der Wirklichkeit bislang keinen Anhaltspunkt für derartige CSU-Pläne.

Mal wieder Hoffnung auf rechte Sammlungsbewegung

Junge Freiheit Nr. 5/10 vom 29.1.2010

Das Blatt behauptet eine Entfremdung zwischen Unionsführung und „einem Großteil der Basis“. So ganz scheint es der Einschätzung aber nicht zu trauen, denn: „Findet sich (dann) immer noch kein konservativer Integrator, der den Merkel-Kurs korrigiert, dann schlägt die Stunde für eine neue Sammlungsbewegung rechts der Union. Auch das kann für die Unionsführung eine strategische Option werden – vorausgesetzt, die Partei löst sich endlich aus der babylonischen Gefangenschaft im ‚antifaschistischen‘ Grundkonsens des linken Lagers. Mit Repression bekommt sie diesen Geist jedenfalls nicht mehr zurück in die Flasche.“

Und jetzt gegen Hartz IV

Junge Freiheit Nr. 6/10 vom 5. 2.2010

Mit merkwürdigen, nicht belegten Zahlen argumentiert das Blatt gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und bezieht sich zustimmend auf die Forderung des hessischen Ministerpräsidenten Koch, Hartz IV Empfänger vermehrt zur Arbeitsaufnahme zu zwingen: „Koch hat nur vor einer Perversion des Sozialstaatsgedankens gewarnt. Das geschieht, wenn die Solidarität der Allgemeinheit ausgenutzt wird, weil keine Gegenleistung erfolgt oder wenn Hartz-IV-Empfänger dazu nicht bereit sind.“ In einem weiteren Aufsatz behauptet das Blatt, die Zahl der Hartz IV- Empfänger betrage knapp 5 Millionen, weitere 1,8 Millionen lebten in Bedarfsgemeinschaften. Da die Zahl der Arbeitslosen nach der offiziellen Statistik immer noch unter fünf Millionen liegt und die Hartz-IV-Bezieher dort mit aufgenommen sind, sind diese Zahlen frei erfunden. Ein Hauptkritikpunkt: „Viele Alleinerziehende leben von Arbeitslosengeld II“ und der Regelsatz sei noch zu hoch, da viele Erwerbstätige auch mit einem Vollzeitjob nur wenig mehr Einkommen erzielten. Alleinerziehende mit Kindern passen nicht in das Bild der heilen Familie, dem das Blatt anhängt. Welche Alternativen es sich allerdings vorstellt, ist noch nicht eindeutig erkennbar.

Brinkmann ein Windhund?

Junge Freiheit Nr. 6/10 vom 5. 2.2010

Unter der Überschrift „Millionär sucht Partei“ berichtet das Blatt über den schwedischen Millionär Patrick Brinkmann, der kürzlich seinen Übertritt zur Pro-Partei bekannt gab. Anscheinend ist der Schwede jedoch nicht so freigiebig wie zuvor angenommen: „Offenbar erhoffte sich die NPD damals finanzielle Unterstützung von dem schwedischen Unternehmer. Doch aus der erwarteten Finanzspritze wurde nichts. Zwar erhielt die NPD nach Informationen der JF ein Darlehen in Höhe von 200.000 Euro, die von Brinkmann zugesagte Wahlkampfunterstützung blieb jedoch aus … Stattdessen wandte sich Brinkmann der DVU zu … Auch hier stellte er Gelder in Aussicht … Laut DVU-Chef Mathias Faust erhielt die Partei für den Wahlkampf jedoch keinen einzigen Euro von Brinkmann … Brinkmann begründet den Wechsel zu Pro NRW gegenüber der JF damit, dass sich die DVU nicht als lebensfähig erwiesen habe … Pro dagegen sei eine ‚moderne, demokratische Rechte ohne Antisemitismus.‘ Hier wolle er sich nun in den nächsten anderthalb Jahren mindestens mit rund fünf Millionen Euro engagieren. Gerüchten, nach denen er gar nicht über soviel Geld verfüge, widerspricht Brinkmann … Fest steht allerdings auch, dass Aktiengesellschaften, an denen Brinkmann beteiligt ist beziehungsweise beteiligt war, nach Recherchen der JF in den vergangenen Jahren massiv an Wert verloren haben.“ Man wird genau gucken müssen, wie viel und was Pro NRW jetzt wirklich von diesem Millionär erhält.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507